

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Verantwortl. Redakteur: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 944.
Postfach-Konto: Postfach-Zust. Breslau Nr. 3832

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/8, durch die Expeditionen der „Volkswacht“, Neue Gruntenstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen, Zigarrenstraße 140, sowie durch alle Anzeigen zu beziehen. Jahrespreis freibleibend: Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf., Stellenangebote 30 Pf., auswärts 15 Pf. Anzeigen unter Tag 30 Pf., Stellenangebote 40 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleumdungs- und Abmahnungsanzeigen 8 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 2 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in die Haupt-Expedition Hauptstraße 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Der Linksturs in Frankreich.

Painlevés Regierungsprogramm.

Paris, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Programm, mit dem sich das Ministerium Painlevé am Dienstag den beiden Häusern des Parlaments vorgestellt hat, ist demokratisch im besten Sinne des Wortes, das sich mit Ausnahme des Streites um die Gesundheitsfrage am Parlament und der Einführung der französischen Gesetzgebung in Elsaß-Lothringen restlos die Grundzüge der Politikkonzeption zu eigen macht.

Ueber die auswärtige Politik des neuen Kabinetts heißt es in der Regierungserklärung: „In den bevorstehenden internationalen Verhandlungen wird die Regierung in erster Linie die weitere Durchführung des Dawes-Planes und die Regelung des Problems der interalliierten Schulden anstreben. Darüber hinaus wird es ihr oberstes Ziel sein, die Garantien für den Frieden und die Sicherheit zwischen den Völkern zu vervollständigen, die noch vor kurzem hart und tapfer in der Feindschaft einander gegenüberstanden haben.“ — Die erste Bedingung für einen dauerhaften Frieden sei allerdings, daß Frankreich selbst in Sicherheit leben könne. Sicherheit, Siedezugsicherheit, auf denen das Götterprotokoll, der erste Entwurf eines großen internationalen Friedensvertrags, aufgebaut sei. Die neue Regierung werde an diesen drei Grundfragen festhalten mit dem doppelten Ziele, einmal das Einverständnis mit denjenigen Nationen aufrecht zu erhalten, die im Kriege Verbündete Frankreichs gewesen sind, dann aber in vollem Einverständnis mit dem von allen ehemaligen Frontkämpfern ausgesprochenen Wunsch, das Wert, die Autorität und die Organisationsfähigkeit des Völkerbundes zu entwickeln, diesem den Beitritt aller Staaten zu sichern und so die Wiederherstellung der Nationen vorzubereiten, ohne die die gesamte europäische Zivilisation zugrunde zu gehen drohe. Die glückliche Lösung dieses außenpolitischen Problems werde in weitgehendster Nähe die von dem Lande geforderte Erleichterung der militärischen Lasten begünstigen, deren Verwirklichung die Regierung mit vollem Nachdruck betreiben werde.

Das Finanzprogramm enthält an erster Stelle das formale Verprechen, daß der Haushaltsplan für das Jahr 1926 durch Streichung aller überflüssigen Ausgaben ins volle Gleichgewicht gebracht werde und der Anleihenpolitik ein für allemal ein Ende gemacht werden soll. Bestimmte Angaben über die Absicht der Regierung auf diesem Gebiete enthält die Erklärung nicht; sie beschränkt sich auf einen Appell an die Opferwilligkeit und Mitarbeit aller Schichten bei dem unaußweichbaren Sanierungswerk.

Das die Regierung im Geiste demokratischer Steuergerechtigkeit vorbereite.

In der Frage des Vatikan erklärt die Regierung, daß sie dem erbitterten Streit, der das Land zu spalten drohe, ein Ende zu machen wünsche, indem sie einen mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Beamten in Rom bestimme; auf der anderen Seite werde sie über die Haltung vor der Vatikanregierung unter allen Umständen durchzusehen wissen. In der Angelegenheit Elsaß-Lothringens auf dem Gebiete der Verwaltung und Gesetzgebung werde es das Bestreben des Ministeriums sein, alle unnötigen Reibereien zu vermeiden und, den wohlverdienenden Rechten der elsäß-lothringischen Bevölkerung Rechnung tragend, das Werk der Anpassung organisch fortzuführen. Auf dem Gebiete der inneren Politik sehe sich die Regierung mit Rücksicht auf die Finanzlage zu ihrem Bedauern gezwungen, auf sozialpolitische Reformen zu verzichten. Um so nachdrücklicher werde sie dagegen das Werk der Demokratisierung und des sozialen Fortschritts fortzuführen, das unerlässlich sei, um eine Atmosphäre nationaler Eintracht zu erzeugen und in den Massen der werktätigen Bevölkerung nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, daß sie in einer Zeit, wo das Leben des Arbeiters besonders hart und schwer ist, von den öffentlichen Gewalten verlassen werden. Deshalb werde die Regierung die Verabschiedung des Sozialversicherungsgesetzes im Senate mit allen Mitteln beschleunigen, das Koalitionsrecht schärfen, die Wiedereinführung des Eisenbahnerstreikrechts und die Durchführung des Aktiendenntages gemäß den Bestimmungen des Washingtoner Abkommens sichern. Die Regierungserklärung schließt mit der an das Parlament gerichteten Aufforderung, zunächst die Taten der neuen Regierung abzuwarten und sie danach zu beurteilen.

Paris, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Sitzung der Kammer ist nach 10stündiger Dauer unter Annahme eines Vertrauensvotums für das neue Ministerium mit 304 gegen 218 Stimmen beendet worden. Die vier Gruppen des Kartells stimmten geschlossen für Painlevé. Die Haltung der Sozialisten begründete Leon Blum in einer kurzen Erklärung, in der er ausführte, daß seine Partei die Regierung Painlevés stützen werde, wie sie Herrschaft gelübt hätte. Das bedeute aber keinen Verzicht auf die eigene Politik der Sozialistischen Partei, die nach wie vor im Parlament und im Lande mit größter Energie arbeite werde. Die Rechtsopposition habe den Kampf gegen die republikanischen Parteien mit aller Schärfe neu aufgenommen. In diesem Kampf stehen die Sozialisten auf Seiten der Regierung.

Warum fördern die Bolschewisten die Präsidentschaft Hindenburgs?

Die Beweggründe für die Abspaltung der Thälmann-Stimmen vom Rechtsblock.

Von Paul Dierig.

Die Präsidentschaftskandidatur des Würdenträgers des kaiserlichen, militaristischen Deutschlands wird mit Recht als eine skandalöse Herausforderung der ganzen Welt und als ein nationales Unglück für die junge Deutsche Republik bezeichnet. Darüber ist sich die Demokratie aller Länder vollkommen einig, die sozialistische, sowie die bürgerliche. Für die politischen Parteien, die am Wiederaufbau Europas und an der Befreiung Deutschlands auf der rationalen Grundlage der Völkerverständigung wirken, ist es klar, daß der Sieg Hindenburgs und seiner Kamarilla die größte Gefahr für die friedliche europäische Entwicklung wäre. Es ist daher nur eine politische Selbstverleumdung, wenn die öffentliche Meinung des sozialistischen und demokratischen Auslandes auf diese Gefahr hinweist und dem Wahlausgang mit Besorgnis entgegensteht.

Einen scharfen Witzton im Chor der Auslandsstimmen ergibt die Haltung des Bolschewismus, der zwar die Grundzüge der Demokratie verhöhnt, sich aber doch noch für sozialistisch und kommunistisch ausgibt. Gegen den republikanischen Kandidaten Marx lautet die verhängnisvolle Lösung, die die kommunistische Obrigkeit in Moskau aufgestellt hat. In diesem Sinne entfaltet die kommunistische Partei Deutschlands, die bekanntlich den Instruktionen ihrer Moskauer Herren blind gehorcht, eine lebhaft propagandistische Tätigkeit. Sie setzt sich damit bemüht indirekt für die Kandidatur des Freundes Wilhelms II. ein. Denn ob die Kommunisten für ihren Kandidaten Thälmann agitieren oder konspirieren, um eine Stimmenthaltung zu erzielen, kommt auf das selbe heraus, — in beiden Fällen arbeiten sie für den Kandidaten des Rechtsblocks. Mit dieser Taktik liefert der Kommunismus erneut ein krasses Beispiel seiner „bewährten“ Katastrophentaktik. Der Sieg Hindenburgs müßte eine wesentliche Verschlechterung von Deutschlands Lage, sowohl innerpolitisch als außenpolitisch, herbeiführen, weil eben die sozialen und politischen Gegensätze die bedenklich schärfsten Formen annehmen würden. Die Entstehung des ungesunden, aber für den Kommunismus fruchtbarsten Bodens der bitteren sozialen Kämpfe und des Bürgerkrieges wäre somit unvermeidlich. Und der Bürgerkrieg ist, nach Moskaus Lehre, der willkommenste Ausgangspunkt für Umstände und Revolutionen. Daß der Bürgerkrieg für die militaristisch-kapitalistischen Kreise das beste Mittel wäre, um gegen die Arbeiterbewegung rücksichtslos vorzugehen und sie zu schwächen, — darauf kommt es den Kommunisten gerade an. Das höchste Gebot für den Kommunismus ist, eine „revolutionäre Situation“ zu schaffen. Diese Taktik wird in erster Linie durch innerpolitische russische Erwägungen bestimmt. Dabei nehmen die Herren des Kremls auf die Verhältnisse der west- und mitteleuropäischen Länder absolut keine Rücksicht. Der Bolschewismus ist ein Ergebnis des Weltkrieges, der Verelendung der Massen aus der Kriegszeit und nicht zuletzt der Verfehlungen seiner Gegner. Nur in der ungesunden und verzweifeltsten Atmosphäre dieses geschichtlichen Abschnittes konnten die bolschewistischen Ideen Echo finden und Erfolge verzeichnen. Je weiter aber Europa sich von diesem ungesunden Zeitpunkt entfernt, je mehr die europäische Entwicklung in normale Bahnen eintritt, desto hoffungsloser wird es im Lager des Bolschewismus. In den letzten zwei Jahren hat der Auflösungsprozeß in den kommunistischen Parteien Westeuropas einen gewaltigen Umfang erreicht. Nicht eine vorübergehende Krise, sondern im den völligen Zusammenbruch des Kommunismus handelt es sich. Die von heute auf morgen erwartete Weltrevolution ist nicht eingetroffen. Vielmehr ist in absehbarer Zeit auf eine „wirklich revolutionäre Situation“ nicht mehr zu hoffen. Selbst der Chef der kommunistischen Internationale, St. K. T. W. muss dies klarlich in der „Pravda“ offen zugeben. Ebenfalls kann Sowjetrußlands gegenwärtige internationale Lage nicht anders als höchst kritisch genannt werden. Freilich ist die Sowjetunion von den meisten europäischen Staaten rechtlich anerkannt worden. Aber diese Anerkennung hat eigentlich nur eine platonische Bedeutung.

Wie stand Marx vor der Revolution?

Wilhelm Marx, der schon vor der Revolution eine lange Reihe von Jahren preussischer Landtagsabgeordneter war, ist einer der wenigen Abgeordneten der bürgerlichen Mitte gewesen, der sich schon vor der Revolution mit aller Energie für das gleiche Wahlrecht in Preußen eingesetzt und die schamlose politische Enttötung der Arbeiter durch dieses jämmerlichste Wahlrecht aller Zeiten auf das energischste bekämpft hat. Marx hat nicht nur innerhalb der Zentrumsparlei und der preussischen Zentrumsfraktion gegenüber den Widerständen des rechten Flügels das gleiche Wahlrecht gefordert, als nach der Überholung des Kartells im Jahre 1917 die Benützung einleiten, alles Versprochene rückgängig zu machen. Er ist auch in der Öffentlichkeit mit aller Energie für die Gleichberechtigung der bisher entrechteten preussischen Arbeitermassen eingetreten. Auf einer großen Versammlung der weislichen Zentrumsparlei im Dezember 1917 in Münster i. W. hat der damalige Reichs- und Landtagsabgeordnete Marx öffentlich dem Zentrum die Richtlinien gewiesen, die es in der Wahlrechtsfrage zu gehen habe. Er sagte, nachdem er die schweren Opfer des Herres und der Heimat gewürdigt hatte:

„Ein solches Volk verlangt naturgemäß von der Gesetzgebung eine andere Anerkennung seiner Rechte, Anerkennung seiner bürgerlichen Freiheiten. Und so gibt es eigentlich niemand mehr, von einigen ganz kurzfristigen Leuten abgesehen, der ernstlich glaubt, daß wir mit dem jetzigen preussischen Wahlrecht noch auskommen können. Wollt ihr sprechen ich fühle, aber ich glaube sagen zu dürfen: Das Dreiklassenwahlrecht des preussischen Staates ist endgültig, ist endgültig vorüber! (Lebhafte Zustimmung.) ... Ich stehe auf dem Standpunkt und ich besitze: Aus voller Überzeugung — daß ich der Ansicht bin, die Zentrumspartei muß das gleiche Wahlrecht zum Gesetz werden lassen und muß auf das kräftigste dabei mitwirken, etwas Gutes, Gerechtes und für das Volkswohl Fortschreitendes zustande zu bringen.“ (Lebhafte Beifall.)

Nach weiteren sehr eindringlichen Worten für das gleiche Wahlrecht führte Marx aus, daß die Auflösung des Abgeordnetenhauses früher sei, wenn die Wahlrechtsvorlage abgelehnt würde und nur dann fort:

„Meine Herren, einen Wahlkampf mache ich nicht mit! Ich trete nicht vor ein Volk, das diesen Krieg mit seinem Herzblut geführt hat und dem nun ein Wahlrecht verweigert werden soll. Das jagt der König mit seinem Worte verbürgt hat. Das vertritt unser Volk, unser Parlamentarismus nicht! Mit einem solchen Ergebnis soll ich vor die Wähler treten, soll ich sagen: Ich geht mit weiter, Cyber Vertrauen? Das vermag ich nicht!“

Marx schloß diesen Teil seiner Rede mit einem allgemeinen Appell an das Verantwortungsgefühl

aller dieser, die es wagten, dem Volke jetzt noch ein gerechtes Wahlrecht vorzuenthalten. Aus dieser ganzen Rede, von der wir hier nur diesen kurzen Auszug geben können, spricht der eheliche Volksfreund Marx, der in seiner ganzen politischen Laufbahn demokratisch gefühlt und gehandelt hat, auch zu einer Zeit, als noch sehr einflußreiche und große Teile des Bürgertums außerhalb der eigentlich reaktionären Parteien das Dreiklassenwahlrecht als einen ausgezeichneten Schutzwall gegen die „unheimlichen Ansprüche“ der immer „unbotmäßiger“ werdenden Massen betrachteten.

Der deutsche Arbeiter mitbin, der am 26. April Wilhelm Marx seine Stimme gibt, wählt einen Mann, von dem er mit Bestimmtheit erwarten kann, daß er, der schon in der kaiserlichen Zeit auf der Seite des Volkes gestanden hat, auch in kommenden Sturm- und Drangzeiten dem Volke die Treue halten wird.

Mißglückter Katholikenfang des Rechtsblocks.

Der Korrespondent der „Völkischen Zeitung“ in Rom ist ermüdet worden, die Behauptung, daß eine päpstliche Kundgebung gegen die Verbindung von Zentrum und Sozialdemokraten vorbereitet werde, auf das energischste zu dementieren. Der Vatikan denke nicht daran, in welcher Form auch immer, in die innerdeutschen Parteikämpfe einzugreifen. Das von den Rechtsparteien verbreitete Gerücht wird als „unverantwortliche Wahlmanöver“ bezeichnet. Es wird erklärt, daß, wenn überhaupt ein Eingreifen des Vatikan in den deutschen Wahlkampf in Betracht kommen könnte, großes Mißversehen oder absichtliche Verleumdung dazu gehören müssen, um aus den in „Osservatore Romano“ in letzter Zeit erschienenen prinzipiellen Untersuchungen über die sozialistisch-katholischen Gegensätze eine Anwendung auf Deutschland im Sinne der reaktionären Gerüchte zu ziehen. Der Vatikan selbst hat seinerzeit, als er zu dem Problem in seiner Enzyklika Stellung nahm, ausdrücklich bei der Warnung an die Katholiken, dem Sozialismus den Weg in die Staatsleitung zu bahnen, jene Länder ausgenommen, wo der Sozialismus bereits verantwortlich an der Katastrophe teilnimmt.

Die Tatkraft scheint zu bestehen, daß rechts beherrschende Kreise in Rom mit allem Nachdruck darauf hingewirkt haben, dem Vatikan Auforderungen zugunsten ihrer Wahlplazation zu entladen, aber ohne Erfolg. Die Behauptung der reaktionären hat im Vatikan auf das tiefste verächtlich. Man erinnert sich doch noch an jene Tage, als die päpstliche Friedensvermittlung nicht zuletzt an der Unaufrichtigkeit der aus dem gleichen Lager kommenden Politiker scheiterte.

sehr zweifelhafter Natur, von der die Sowjetregierung nichts Reales erwarten kann. Die gewünschten und erforderlichen Kredite gewährt das Ausland nicht. Seit der Demission des Kabinetts MacDonald und dem kommunistischen Zustand in Rußland sind die Beziehungen des offiziellen Auslandes (Deutschland bis zu einem gewissen Grade ausgenommen) zum Kreml mehr als referenziert.

Im Innern trifft den russischen Kommunismus zurzeit die scharfe Krise auf dem flachen Lande. Die Wirtschaftspolitik des Sowjetstaates ist basiert auf der planmäßigen Ausbeutung der Bauernwirtschaft. Unter der Bauernschaft herrscht starke Unzufriedenheit, die in einer offenen Antisowjetbewegung zum Ausdruck kommt. In Nördlicher Kaschmir versuchen die Sowjetmachtvererber vergeblich, durch bürokratische Maßnahmen Herren der Lage zu bleiben, indem sie nun den reichen Bauern, der gestern noch als Bauerer und kleiner Gutbesitzer gebrandmarkt wurde, als Bundesgenossen willkommen heißen.

Unter den geschilderten Verhältnissen wird der Glaube selbst der kommunistischen Arbeiterchaft Sowjetrußlands an den Bolschewismus immer mehr erschüttert. Daß in der kommunistischen Partei Rußlands ein starker Zerfallsprozess sich vollzieht, hat kürzlich der Fall Trocki vor aller Welt in prägnanter Weise demonstriert.

Die schwankende Diktaturherrschaft muß aber, nach der Ueberzeugung Moskaus, um jeden Preis aufrechterhalten werden. Als Mittel zu diesem heiligen Zweck soll künftig eine revolutionäre Situation in Westeuropa geschaffen werden. Dann würde man die glorreiche Idee der Weltrevolution wieder aufleben lassen können. Die Präsidentschaft Hindenburgs müßte natürlich — so rät man hoffnungsvoll im Kreml — den nötigen Stoff für die „revolutionäre Stimmung“ liefern. Darum wünscht man den Sieg des Generals!

Die Präsidentschaft des Feldmarschalls müßte eine Verschärfung der europäischen Konfliktsmöglichkeiten, insbesondere der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, hervorrufen. Die Sowjetdiplomatie hofft, diese internationalen Gegensätze sich zu nütze machen zu können. War doch ihre Politik stets auf solche Gegensätze eingestellt. Man braucht kaum noch hervorzuheben, daß in den Augen der Bolschewisten ein freundschaftliches Verhältnis zu einem Deutschland, an dessen Spitze der Repräsentant des Kaiserreichs und des Militarismus stände, keine Sünde wider den Geist ihrer Sache ist. So entschieden sie die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ablehnen, so hemmungslos gekatzt ihnen doch die Taktik ihrer Diktaturpolitik, mit den schlimmsten Feinden des Sozialismus zu partiiieren. Sie legt doch der Bolschewismus, um nur ein Beispiel anzuführen, freundschaftliche Beziehungen mit dem Italien Mussolinis.

Andererseits würden die monarchistisch-militaristischen Kreise, die sich um Hindenburg und Ludendorff scharen, sowie die Magnaten des Finanz- und Handelskapitals in Deutschland gegen ein Bündnis mit Sowjetrußland keine Bedenken haben. Als eine proletarische Klassenbewegung kann der Kommunismus kaum mehr ernst in Frage kommen. Dagegen bietet Sowjetrußland günstige Aussichten für politische militärische Abenteuer und für vorteilhafte kapitalistische Konzeptionen.

Ueberblickt man die Gründe der kommunistischen indirekten Unterstützung Hindenburgs durch die Spaltung der Thälmann-Stimmen von der republikanischen Sammelkandidatur, so wird man vom sozialistischen Standpunkt erst recht die Notwendigkeit erkennen, den Präsidentschaftskandidaten von Wilhelms Gnaden und Moskauer Gunst zu schlagen!

Selbst Sinowjew hat Bedenken gegen Hindenburg-Thälmann!

Die Ungeheuerlichkeit des politischen Bündnisses der Kommunisten und Monarchisten ist so groß und augenfällig, daß selbst ein Sinowjew nicht umhin kann, seine gefährlichen Seiten hervorzuholen und Bedenken über die schismatische Taktik der Partei zu äußern. Unter dem Einfluß des kommunistischen Stimmenganges bei den Wahlen vom 29. März hat Sinowjew in der Schlußsitzung der erweiterten Zentrale in Moskau am 4. April über die Lehren der Präsidentschaftswahlen in Deutschland folgendes ausgesprochen:

„In Deutschland entsteht jetzt für eine Zeitlang die Alternative: Bürgerliche Republik oder Monarchie? Für uns Kommunisten besteht natürlich der Hauptgegenstand in folgenden: Proletarische Diktatur oder bürgerliche Staatsformen? Dagegen unterscheiden sich die Kommunisten von allen anderen Parteien. Dieser Standpunkt bleibt noch wie vor für uns bestehen. Aber es kann auch eine solche Lage entstehen, wo die Alternative „Bürgerliche Republik oder Monarchie“ für eine gewisse Zeit lebendig wird und für die Massen in dem einen oder anderen Sinne aktuelle Bedeutung gewinnt. So ist jetzt die Lage in Deutschland. In dieser Lage der geschichtlichen Entwicklung hat die Frage der Diktatur des Proletariats nur eine propagandistische Bedeutung. Die Arbeiter Deutschlands fühlen instinktiv, daß die Frage „Bürgerliche Republik oder Monarchie“ jetzt in ihrem Lande zur Entscheidung gestellt ist. Aus Furcht, daß zu den Herrlichkeiten des Dares-Planes nicht auch noch die Schrecken der Monarchie hinzukommen, stimmen sie für die Sozialdemokratie, indem sie darin ihre Rettung suchen. Wenn unsere Partei das nicht begreift, und nicht versteht, die Frage bolschewistisch zu erklären, werden wir auch weiter Anhänger verlieren. Es handelt sich hier nicht um die Zahl der Stimmen — mit Stimmengewinnen kann man sich hier nicht abfinden —, es handelt sich vielmehr um die Gefahr der Entfremdung von einigen Schichten des Proletariats selbst. Wir müssen so verfahren, daß wir in möglichst enger Fühlung mit dem Proletariat stehen.“

„Ich habe von gewissen Einwendungen folgender Art gehört: Es ist nicht einzusehen, ob das schwarz-rot-gelbe Banner der bürgerlichen Republik oder des schwarz-weiß-roten Banner der Monarchie liegt.“

„Nein, es ist nicht einzusehen! Das ist keine marxistische Aufklärung der Frage. Eine solche Betrachtungsweise erinnert an die alten Streitigkeiten der Karlisten mit den Kastilianern, oder richtiger mit den Valgaritoren der letzteren.“

Für den Klassenkampf des Proletariats ist die bürgerliche Republik ein günstiger Boden als die Monarchie. Sie ist etwas deshalb, weil die Republik angeblich den sozialen Frieden anstrebt, sondern weil diese Staatsform den wirtschaftlichen Klassenkampf der Bourgeoisie am deutlichsten aufdeckt. Jetzt wissen wir bereits, daß auch das allgemeine Wahlrecht sich in den Händen der Bourgeoisie in eine Waffe des Klassenkampfes gegen das Proletariat verwandelt hat. Wir müssen aber auch begreifen, daß das Proletariat bei der Wahl zwischen der bürgerlichen Republik und der Monarchie nicht gleichgültig beiseite stehen darf.“

Diese Ausführungen Sinowjews, die direkt vernichtend für die kommunistische Sonderkandidatur Thälmanns sind, wurden am 4. April gemacht, also bevor noch die Wahlstimmen Hindenburgs die von Sinowjew erwähnte Alternative „Republik oder Monarchie“ ungeheuer verhärtet hat.

Die „rote Fahne“ hat diese Rede bezeichnenderweise bisher unterdrückt. Sie ist aber nicht nur in der „Arbeiter“ vom 16. April, sondern auch in deutscher Sprache am 16. April im Chemnitzer kommunistischen „Kämpfer“ zu lesen. Die kürzliche Nachricht, daß Sinowjew-Zeichnungen in Rußland unter Zensur gestellt worden sind, dürfte mit dieser vernünftigen Stellungnahme des alten „Genossen“ zusammenhängen. Diejenigen deutschen kommunistischen Arbeiter, die Sinowjews-Beurteilungen über Republik und Monarchie in ihrer Bedeutung für den Klassenkampf lesen und darübersetzen, werden zweifellos am Sonntag keine Hand für Hindenburgs Helfer Thälmann rühren und mit uns die letzte Stimme für Marx, als den Kandidaten der Republik, herausheulen!

Die Entscheidung der freirechtlichen Lehrerschaft für Marx.

Bremen, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Gerade den fortgeschrittenen Teilen der deutschen Lehrerschaft, die sich stets gegen eine Zerstückelung zwischen Kirche und Schule ausgesprochen haben, dürfte die Entscheidung bei der Präsidentschaftswahl nicht ganz leicht fallen. Sehr wichtig ist darum eine Entscheidung, die der Bremische Lehrerverein, der sich schon vor dem Abgange in der deutschen Lehrerbewegung durch seine fortschrittlichen Geist ausgeschiede, in der Reichspräsidentenfrage getroffen hat. In der nächsten Nummer seiner Zeitung wird ausgeführt, daß die Lehrerschaft sich angezogen der kulturpolitischen Einstellung des Zentrums, seiner Stellungnahme zum Grundgesetz und in der Kandidatenfrage ihre Entscheidung gründlich überlege. Über der Bremer Lehrerverein ist trotz der erregenden gewählten Gedanken zu der Ansicht gekommen, daß gegenüber den großen, letztlich entscheidenden Gedanken, die in der Reichspräsidentenwahl umstritten sind, sich doch die Lehrerschaft den Weimarer Koalitions-

parteien an die Seite stellen muß, die den Staat und die Anfänge der Einheitsjurisdiktion begründet. Dieser Volksstaat ist die ganze Grundlage unserer Arbeit, wir als Lehrerschaft müssen mit verstanden werden, daß wir die Verfassungsfrage weit zurückgeworfen werden, so ist das Pflicht. Marx als Reichspräsident und Kandidat verfassungstreuen Parteien kann in dieser Stellung nicht eine einheitliche Zentrumsaufstellung führen. Das Verfassungsmessert als solches zu führen, der Sieg des Reichstages erfüllt die Grundanforderer Arbeit. Es ist also unsere Pflicht, daß wir ohne Ausnahme an der Wahl teilzunehmen und für die Republik, für den Volksstaat, für die Verfassung eintreten, entgegen der Monarchie, gegen den Klassen-Druckstaats, wenden.“

Frau von Dheim gegen Hindenburg

In der heutigen Ausgabe der „Germania“ steht die frühere Reichstagsabgeordnete der Volkspartei Frau von Dheim, für die Wahl von Marx einbestimmt. Hindenburg als einen Vaten in der Volkspartei. Wenn er Reichspräsident werden sollte, würde in der Freiheit ein ganz anderer Rang von Souffleuren Regieren führen und es würde ein gar trauriges Schauspiel und eine jämmerliche Regie, aber nie nimmer eine Regierung sein.“

Aus dem Reich.

Der Verfassungskonflikt in Oldenburg entschieden. Oldenburgische Staatsgerichtshof besetzte sich am Dienstag mit der Entscheidung der Landtagsmehrheit über die Rechtmäßigkeit der Landtagsauflösung und die Staatsregierung. Er kam zu folgendem Urteil: Wird festgestellt, daß die Auflösung des Landtages durch die Erklärung des Staatsministeriums in der Sitzung des Landtags vom 25. Mai 1925 verfassungswidrig ist, so ist die Begründung dieses mehr als sonderbaren Beschlusses nicht bekannt. Jedemfalls dürfte der Ausgang der Oldenburgischen Wahlen zeigen, daß die Mehrheit der Landtagsauflösung war und die Entscheidung des Staatsgerichtshofes nicht verfehlt.

Ein bulgarischer Klub in Berlin durchsucht. Die politische Polizei des Berliner Polizeipräsidiums hatte davon Kenntnis, daß sich im Berliner Westen ein Klub ausländischer kommunistischer Studenten zusammengefunden hatte, dessen Mitglieder in der Hauptstadt Bulgariens waren. Die Vorgänge Bulgariens gaben der Polizei Veranlassung, eine Sitzung des Klubs aufzuheben und sämtliche 32 Teilnehmer zu verhaften. Die größte Teil der festgenommenen wurde jedoch, soweit sie sich ihre Person ausweisen konnten, wieder aus der Haft entlassen; es wurden lediglich die Verhaftungen derjenigen Mitglieder aufrechterhalten, die sich nicht genügend ausweisen konnten. Die Tätigkeit der Mitglieder dieses politischen Klubs von Ausländern mit den Ereignissen in Bulgarien irgendwelchen Zusammenhang steht, konnte bisher noch nicht nachgewiesen werden.

Dr. Müller-Meinungen, Dr. Hammer-Schmidt und ein Hofstolz sind nunmehr, laut „Tag“, formell aus der Deutschen Demokratischen Partei ausgeschieden. Es handelt sich bekanntlich um die Konsequenz ihrer Stellungnahme gegen Kandidatur Marx.

Ein Kappist als gemeiner Betrüger verhaftet. Vor einigen Tagen wurde in München ein angeblicher Schriftsteller Kappist wegen zahlreicher verübter Cunnich-Schwindelereien verhaftet. Wie sich jetzt herausstellt, ist dieser Kappist, der jahrelang in der Volkspartei beilegte, aber ein ehemaliger Jahrgänger ist, identisch mit dem bekannten Kapp-Kulturschlichter, der es verstanden hat, sich während der letzten Zeit an verschiedene prominente Führer der Reichspartei heranzuwenden, mit denen er einen vertrauten Verkehr unterhalte. Es war ihm sogar gelungen, bis zum ehemaligen Kronprinzen Rupprecht in Ludwigsburg vorzudringen. Es hat nur gefehlt, daß Kapp-Schlichter auch noch den Kaiser, Grafen, Barone und Generalstabsoffiziere, gegen die Korruption unterzeichnet hätte! Schade — er scheint zu früh gelandet zu sein!

Gegen das Tragen politischer Abzeichen im Wahllokal. Die Amliche Preussische Polizeibehörde einer längeren Verordnung des preussischen Innenministeriums zur Vorbereitung des zweiten Wahlganges für die Reichspräsidentenwahl erntnimmt, ist bekannt geworden, daß in verschiedenen Wahlbezirken die Befolgung in mungsvorkehrer oder Heißer Abzeichen getragen haben, aus denen ihre politische Einstellung zu ersehen war. Da der Abstimmungsstand bei keiner amtlichen Teilzeit das Vertrauen der gesamten Bevölkerung zu ersehen schien, und da dieses Vertrauen durch das Tragen solcher bestimmten politische Gesinnung kennzeichnenden Abzeichen politisch andersdenkenden Bevölkerungsteilen beeinträchtigt wird bezeichnet es der Minister als überaus unerwünscht, wenn zum Abstimmungsstand gehörige Personen bei Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit derartige Abzeichen tragen. Der Minister ersucht daher die nachgeordneten Behörden, darauf hinzuwirken, daß dies unterbleibt.

Zettchen.

Erzählung von Guy de Maupassant.
Uebersetzung aus dem Französischen von Kurt Etsen.
(Schluß.)

Das kleine Mädchen schlich, hart vor Sonnen, herein, dann nahm sie allen ihren Mut zusammen und grüßte die Gattin des Hochzeiten mit einem demütigen „Guten Morgen, gnädige Frau!“. Diese erwiderte lächelnd mit einem flüchtigen nachdenklichen Kopfnicken, das sie mit dem Blick beleuchteter Augen begleitete. Alle Wachen beschleunigten und schickten sie weg, als ob sie in ihrem Kleider anstößendes Gift trug. Dann schickte sie zum Wagen, wo sie stehen und nicht antwortete. Stillstand und sah sie ihren Blick wieder ein, den sie während der Reise bisher immer gehabt hatte.

„Was hast du nicht zu sehen, nicht zu hören?“, fragte Louise, jedoch, die sie von weitem entrückter wahrte, sagte hastig zu ihrem Mann: „Schön, daß ich nicht mehr ihr bin.“

„Gut, wenn sie nicht hat, was sie in Bewegung und die Rede beginnt von neuem.“

„Was hast du nicht zu sehen, nicht zu hören?“, fragte Louise, jedoch, die sie von weitem entrückter wahrte, sagte hastig zu ihrem Mann: „Schön, daß ich nicht mehr ihr bin.“

„Gut, wenn sie nicht hat, was sie in Bewegung und die Rede beginnt von neuem.“

„Was hast du nicht zu sehen, nicht zu hören?“, fragte Louise, jedoch, die sie von weitem entrückter wahrte, sagte hastig zu ihrem Mann: „Schön, daß ich nicht mehr ihr bin.“

„Gut, wenn sie nicht hat, was sie in Bewegung und die Rede beginnt von neuem.“

„Was hast du nicht zu sehen, nicht zu hören?“, fragte Louise, jedoch, die sie von weitem entrückter wahrte, sagte hastig zu ihrem Mann: „Schön, daß ich nicht mehr ihr bin.“

Die Schwefeln griffen an ihren Gürtel nach dem lang herunterhängenden Rosenkranz, bestrichen sich zugleich, und mit einem leisen Geräusch ihre Lippen sah jedoch zu bewegen, immer wieder und wieder, ihr kumpfes Schwamm überflügelte sich, als wäre es ein Vatermörder-Kennzeichen; von Zeit zu Zeit klappte sie ein Kinn, betrugten sich wieder und begannen von neuem ihr eifriges mensliches Gerede.

„Gut, wenn sie nicht hat, was sie in Bewegung und die Rede beginnt von neuem.“

„Was hast du nicht zu sehen, nicht zu hören?“, fragte Louise, jedoch, die sie von weitem entrückter wahrte, sagte hastig zu ihrem Mann: „Schön, daß ich nicht mehr ihr bin.“

„Gut, wenn sie nicht hat, was sie in Bewegung und die Rede beginnt von neuem.“

„Was hast du nicht zu sehen, nicht zu hören?“, fragte Louise, jedoch, die sie von weitem entrückter wahrte, sagte hastig zu ihrem Mann: „Schön, daß ich nicht mehr ihr bin.“

„Gut, wenn sie nicht hat, was sie in Bewegung und die Rede beginnt von neuem.“

„Was hast du nicht zu sehen, nicht zu hören?“, fragte Louise, jedoch, die sie von weitem entrückter wahrte, sagte hastig zu ihrem Mann: „Schön, daß ich nicht mehr ihr bin.“

„Gut, wenn sie nicht hat, was sie in Bewegung und die Rede beginnt von neuem.“

„Was hast du nicht zu sehen, nicht zu hören?“, fragte Louise, jedoch, die sie von weitem entrückter wahrte, sagte hastig zu ihrem Mann: „Schön, daß ich nicht mehr ihr bin.“

„Gut, wenn sie nicht hat, was sie in Bewegung und die Rede beginnt von neuem.“

„Was hast du nicht zu sehen, nicht zu hören?“, fragte Louise, jedoch, die sie von weitem entrückter wahrte, sagte hastig zu ihrem Mann: „Schön, daß ich nicht mehr ihr bin.“

Wasteten, an ihre Wirnen, an ihre Knochen vorbeizug. Da sie plötzlich die Jörn zusammen, wie ein allzu straff gewickeltes Seil, und sie war dem Weinen nahe. Sie strengte sich schrecklich an, nicht zu weinen, schloß ihre Augen wie die Kinder, aber die Weinen stieg auf, glänzte am Rand der Lider, und bald flossen sich zwei schwere Tränen vor ihren Augen los und rannen langsam über ihre Waden. Andere folgten schneller, Kissen wie Wassertröpfchen aus einem Reispfad und fielen immer auf die Wange ihrer Brust. Sie schloß atemlos ihren Blicks, das Gesicht unbewußt und blind; so hoffte sie nicht bemerkt zu werden.

Die Gräfin aber sah es doch und gab ihrem Mann ein Zeichen. Er suchte mit den Lippen, wie um zu sagen: „Was sollst du? Ich bin nicht schuld.“ Frau Louise hatte ein stumm triumphierendes Lächeln und murmelte: „Sie weint über ihr Schande.“

Die Schwefeln hatten ihr Gebet wieder aufgenommen, nach dem sie den Rest der Nacht in einem stillen Papier gewickelt hatten.

Corradet, der keine Eier verdaute, streckte seine langen Beinchen wie eine Eimer, der eben auf einen guten Weg gekommen ist, und begann die „Wasserküche“ zu prüfen.

Die ganze Gesellschaft wurde stiller. Der Reissong erwachte offenbar seinen Gedanken. Sie wurden nervös, gereizt und saßen aus, als wollten sie wie die Hunde heulen, die einen Leuten hören. Er merkte es und hörte nicht auf. Zuweilen brummte er sogar den Text:

„Der Patrioten heißt ge Traue.
Du fährst auf der Rache Wehr.
Du freiest gütliche, essene
Den Reich mit deiner Kämpfer Heer.“

Die Fahrt ging schneller, der Schnee war hinterher geworfen, und die Truppe, die gegen kamen, trübten Stunden der Fahrt über die rüttelnde Straße, während die Nacht sich senkte und die Wagen an ihres Dunkel einhüllte, hartnäckig grauen Dunkel nicht auf, kein Licht der Nacht einströmte zu prüfen und die erhabenen und verzweifeltsten Menschen zu schauen, doch sie dem Lied von der Jung bis Ende folgten, und jedes Wort bei jedem Takt einstellten.

„Gut, wenn sie nicht hat, was sie in Bewegung und die Rede beginnt von neuem.“

„Was hast du nicht zu sehen, nicht zu hören?“, fragte Louise, jedoch, die sie von weitem entrückter wahrte, sagte hastig zu ihrem Mann: „Schön, daß ich nicht mehr ihr bin.“

„Gut, wenn sie nicht hat, was sie in Bewegung und die Rede beginnt von neuem.“

„Was hast du nicht zu sehen, nicht zu hören?“, fragte Louise, jedoch, die sie von weitem entrückter wahrte, sagte hastig zu ihrem Mann: „Schön, daß ich nicht mehr ihr bin.“

Biehbestände und Fleischversorgung in Deutschland.

Zum Handelsvertrag mit Polen.

In den schweren Hungerjahren, die Deutschland durchlebte, schaute sich das ganze Volk lebhaft zurück nach den Fleischpreisen der Vorkriegszeit. Es bewahrheitete sich die alte Erfahrung, daß ein kleines Uebel gegenüber dem größeren noch als Gutes empfunden wird; denn in Wirklichkeit war schon damals (im Vergleich zu früheren Jahren) ein gewisser Mangel an Fleisch bedauerlich zu verzeichnen. So ergab z. B. die Fleischlieferung von 1912 gegenüber der von 1907 einen wesentlichen Rückgang des Viehbestandes, der um so schwerer ins Gewicht fiel, als die Bevölkerung sich inzwischen nicht unbedeutend vermehrt hatte.

Die Folgen dieser Tatsache äußerten sich sehr bald in der vom Agrarierstand gewünschten Weise: die Viehpreise wurden höher und höher. Sie stiegen von 123 Mark für den Doppelpferd im Jahre 1903 auf 189,2 Mark im Jahre 1912. Nach damaligen Begriffen eine unerträgliche Preissteigerung. Sie wirkte sich natürlich auch im Kleinhandelspreis in voller Schärfe aus. Wer alle Forderungen nach Verbilligung des Fleisches durch Freigabe oder Erleichterung der Einfuhr lehnte die Regierung zunächst ab. Einfuhr von Vieh und Fleisch bedeutete große Gefahren für Deutschland, weil dadurch verheerende Seuchen eingeschleppt würden. Das war freilich nicht ohne Gefahr; so oder ähnlich hatten die Agrarier seit je ihre Preissteigerung und habgierige Wirtschaftspolitik begründet. Die sozialdemokratische Fraktion forderte daher die sofortige Durchführung des Reichstages. Die deutschen Städte erhoben durch den Vorstand des Städtebundes Protest gegen die Regierung. Endlich mußte die Regierung im September 1912 nachgeben und im Wege besonderer Genehmigung die Einfuhr frischen Fleisches zulassen. Und siehe da, nun mußte die amtliche Fleischschau, sehr zum Leid der Viehhändler, feststellen und verkünden, daß keine Seuchengefahr vorhanden sei. Im Gegenteil war das ausländische, besonders von Rußland aus dem Gebiet des heutigen Polens eingeführte, Fleisch von tadelloser Beschaffenheit.

Seit Jahren nur ist die Fleischernährungsverhältnisse in Deutschland weit unähnlicher als die schon unangenehm verlebten Jahre vor Kriegsausbruch. Nach amtlichen statistischen Angaben war der deutsche Viehbestand am 1. Dezember 1924 auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet bei Rindvieh um 12,8, und bei Schweinen sogar um 30,6 Prozent geringer als am 1. Dezember 1913. Nur bei Schafen war eine belanglose Erhöhung von 9,8 Prozent zu verzeichnen. Infolgedessen ist der Fleischverbrauch noch immer nicht so hoch wie in den Vorkriegsjahren. Im Jahre 1913 noch 49,5 Kilogramm Fleischpro Kopf, 1923 aber nur 26,9 Kilogramm. Erst im Jahre 1924 erhöhte sich der Fleischverbrauch wieder auf 42 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Damit ist aber noch immer nicht die Höhe der Notzeit von 1912/13 erreicht. Ein bedenklicher Zustand! Er kann folgenreiche Gefahren für Gesundheit und Arbeitskraft des deutschen Volkes bringen.

Darum möchten wir mit aller Deutlichkeit sagen, daß die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen von Deutschland genützt werden müssen, mit Polen Vereinbarungen zu schließen, die durch Einfuhr polnischer Schlachttiere und geschlachteter Tierkörper Deutschlands Bedürfnisse an Fleisch befriedigen.

Man komme uns nicht mit dem faulen Vorwand der Seuchengefahr! Polen mußte sich selbstverständlich verpflichten, nur erste Qualität zu liefern. Und daß es an diese Verpflichtung gebunden ist, dafür haben die Veterinäre und Beamten der Fleischschau in Deutschland zu sorgen. Polen ist in seiner wirtschaftlichen Struktur vorwiegend Agrarland. Es hat wunderbare Schlachttiere in den Ställen. An die zwei Millionen Schweine könnten von Polen nach Deutschland eingeführt werden. Dazu bedürfte es aber eines besonderen Abkommens mit Polen und der Schaffung unerlässlicher Verkehrsmittel: für Schlachttiere schnelle Beförderung auf die Schlachthöfe, für geschlachtete Tierkörper die nötigen Kühlwagen. Das bestehende Reichsgesetz über Schlachthöfe und Fleischschau macht die Einfuhr — und das ist sein Zweck — fast unmöglich. Mit Recht hat die Abgeordnete Frau Baum in der Sitzung des Reichstages am 12. April 1923 ausgeführt:

„Die Vorschriften des § 12 des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1909, das die Schlachthöfe und Fleischschauabfertigungen enthält, nach denen frisches Fleisch nur in ganzen Tierkörpern, bei Rindvieh, ausschließlich in Alben, und bei Schweinen in halften zerlegt, eingeführt werden darf, und daß mit den Tierkörpern Brust, Lunge, Herz, Nieren, bei Kühen auch Euter in natürlichem Zusammenhang verbunden sein müssen, machen die Einfuhr frischen Fleisches unmöglich. Diese Vorschriften konzentriert in der Wirkung einen Verbot der Einfuhr überhaupt gleich. So lange dieses Gesetz besteht, besteht es im Interesse der agrarischen Viehhändler — wie es in ihrem Interesse geschaffen und bis heute aufrecht erhalten worden ist. (Zurück rechts: Aus Gesundheitsgründen!) Das jagt Sie immer und haben Sie immer gesagt! Ich wiederhole, daß die Angst der Regierung, die Bevölkerung könnte sich den Magen verderben, dazu führt, sie lieber erbringen zu lassen.“

In diesem Frühjahr hat bereits eine geringe Einfuhr von

geschlachteten polnischen Schweinen nach Berlin stattgefunden. Im Monat Februar 89 600, im März 28 200. Aber diese 67 800 eingeführte geschlachtete polnische Schweinekörper sind erst die Hälfte des Verlustes, der allein dem Berliner Markt im ersten Vierteljahr 1925 aus inländischen Zufuhren gegenüber dem ersten Vierteljahr 1924 fehlt.

Das deutsche Unternehmertum in Landwirtschaft und Industrie, mit ihm die gesamte Nation, die jetzt im Rechtsblock für Hindenburg zusammengefaßt ist, haben im Kampfe gegen den Sozialismus immer auf die hohen Arbeitsleistungen in Amerika hingewiesen. Nun, dort können die Menschen auch nur geben, was sie haben: ihre Arbeitskraft. Aber das ist der Unterschied: dort entfielen im Jahre 1924 nach einer statistischen Veröffentlichung im „The National Woolworker“ auf den Kopf der Bevölkerung 83,5 Kilogramm Fleischmahlung, in Deutschland hingegen nur 42 Kilogramm. Nach der physiologischen Wissenschaft aber sollten in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung hinsichtlich seiner industriellen Betätigung mindestens 70 Kilogramm Fleischmahlung entfallen. Wie wünschen, daß diese Tatsachen bei den deutsch-polnischen Verhandlungen gewürdigt werden.

Nicht agrarische Wirtschaftsinteressen sind entscheidend, sondern einzig und allein das allgemeine Volkswohl.

Rechtsblock-Schwindler

sind im Begriff, Flugblätter mit der gefälschten Unterschrift der Sozialdemokratischen Partei gegen Marx für Otto Braun (der bekanntlich abgelehnt und Marx empfohlen hat) zu verteilen.

Laßt euch nicht betören! Die ganze Sozialdemokratie wußt am Sonntag

Wilhelm Marx.

Soeffles Ende.

Nur kaltem Wege ermordeht.

Das tragische Ende des früheren Reichspolizeiministers Dr. Soeffle rückt schließlich auch die Vorgesetzten auf. Dieser Mann ist von den Banditen, die sich jetzt der Justiz bedienen zu können glauben, in der Tat getötet worden. Sein Fall war vollkommen beispiellos. Kein Richter hat ihn, keine Verurteilung war möglich, und trotzdem hat man ihn mit barbarischer Strenge behandelt. Seiner Frau hat man nicht gestattet, ihn zu besuchen. Erst als er im Sterben lag, hat sie ihn wiedersehen dürfen. Ein hohes Kollegium von nicht weniger als drei Richtern hat noch am Sonnabend behauptet, daß Soeffle „vollkommen heftig“ sei. Jetzt wird die Person in die Welt gesetzt. Soeffle habe durch übertriebenen Einnahmen von Schlafmitteln Selbstmord begangen. Dr. Soeffle hat aber immer seine Unschuld beteuert und war bis zum letzten Augenblick davon überzeugt, daß im Gerichtsverfahren seine Unschuld bewiesen werden würde. Die ärztliche Untersuchung der Leiche widerlegte die Behauptung vom Selbstmord endgültig. Selbst der „Völkischer Anzeiger“ sieht sich genötigt, festzustellen, daß Soeffle nach seiner Festnahme alles getan hat, um dem Gange des gegen ihn schwebenden Verfahrens zu beschleunigen und den Behörden die Aufklärung des ganzen, ungemein verwickelten Sachverhaltes nach Möglichkeit zu erleichtern. Das rechtsstehehende Blatt gibt dazu an:

„Es scheint auch in der Tat, daß zumindest ein Teil der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen durch die Untersuchung schon entkräftet worden ist.“

Andere Blätter der Rechten halten es nicht einmal angeht dieses tragischen Endes eines Mannes, der sie in der Tat geduldet haben, für richtig, ihre schmutzige Verleumdungskampagne einzustellen.

Im höchsten Grade und mit vollem Recht erregt, wendet sich die „Germania“ gegen die Schuldigen an dem Tode des Ministers. Auch sie stellt fest, daß die Zurückhaltung der Untersuchungsbehörden die Ursache an dem plötzlichen Ende gewesen ist. Sie fährt dann fort: „Ist es richtig, daß Soeffle nur deshalb nicht freigesprochen wurde, weil man dann auch Barakat hätte entlassen müssen und der ganze Barakat-Skandal schließlich in nichts zusammengebrochen wäre? Ueber diese Dinge wird sich die Deutschnation nicht beruhigen, bis sie klar sieht.“

Der „Vorwärts“ meint: „Daß Dr. Soeffles Zustand von Tag zu Tag sich verschlechterte, daß mit seinem Ableben gerechnet werden mußte, war allen in Betracht kommenden Stellen bekannt. Trotzdem hat sich keine Hand gerührt, um diesen Mann zu befreien. Seine Verhaftung war offenbar notwendig, damit die Verhaftung Barakats aufrechterhalten werden konnte. Die Haft Barakats mußte aufrechterhalten werden damit die ungewöhnliche Wirksamkeit in unserer sogenannten Rechtsprechung nicht aufgedeckt wird. Was hat der preussische Justizminister getan, um dieser Wirksamkeit ein Ende zu machen?“

Die bulgarische Polizei geht mit Bomben vor.

Sofia, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Gegen das Haus, in dem sich Janlow, der Urheber des Attentats in der Kathedrale, verbarrikadiert hatte, ist die Polizei (!) am Dienstag mit Bomben vorgegangen. Das Gebäude geriet darauf in Brand. Als die Truppen (!) in das Haus einbrachen, fanden sie alle Bewohner, darunter auch Janlow, durch Bomben getötet. Man vermutet unter den Toten auch den eigentlichen Attentäter.

London, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Während die offiziellen bulgarischen Berichte versichern, daß die Verhältnisse im Lande durchaus normal seien und selbst das Wirtschaftsleben Bulgariens in keiner Weise gestört wäre, lassen die diplomatischen Berichte der englischen Gesandtschaft an ihre Regierung die Lage als sehr ernst und verworren erscheinen. In britischen Regierungskreisen fürchtet man, daß die bulgarische Regierung ein Regime des verächtlichsten Terrors beginnt und dabei nicht nur gegen die kommunistischen Bauern, sondern auch gegen die Anhänger der nichtkommunistischen oppositionellen Parteien Gewalt anzuwenden läßt.

Der britische Konsul in Sofia will erfahren haben, daß die Delegation englischer Arbeiter, die am 15. April Sofia besuchte, gerade zu diesem Zeitpunkt eingelangt worden ist, weil für diesen Tag von der kommunistischen Internationale der Aufruf in Bulgarien angeordnet worden war. Die englischen Arbeiter sollten den Triumph der bulgarischen Revolution erleben und im Falle des Mißlingens der Revolution Repressalien der Regierung durch Berichte über den „weißen Terror“ zu verhindern suchen.

Sowjetrußland gegen jede Abrüstung.

Genf, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Der russische Außenminister Litwinski hat in einem Telegramm an den Völkerbund die Teilnahme Rußlands an der internationalen Waffenhandelskonferenz abgelehnt mit der Begründung, daß Sowjetrußland nach wie vor dem Völkerbund in seiner heutigen Gestalt ablehnend gegenüberstehe. Gelegenliche Mitarbeit bei untergeordneten Fragen oder bei rein humanitären Angelegenheiten ändere nichts an dieser Stellungnahme. Rußland müsse jede Vermittlung oder Einmischung des Völkerbundes in russische Angelegenheiten zurückweisen; deshalb sei eine Teilnahme an der Konferenz unmöglich.

Die Politik der Sowjet-Regierung gegenüber dem Völkerbund entspricht also ziemlich genau der Völkerbundspolitik Denscharoffs, der sich in die „Souveränität“ seines Landes im Kriegsjahre auch nicht hineinreden lassen will. Das Neue in der Stellungnahme Litwinskis ist die Angst über Entwehnungsmaßnahmen überhaupt nur zu verhindern. Früher gingen die Russen gern zu solchen Gelegenheiten, in der Hoffnung, die Unerschlichkeit des Friedenswillens der anderen aufzuwecken. Die Hoffnung darauf haben sie aufgegeben, weil sie offenbar fürchten, daß bei den Völkerbundsverhandlungen mangelnder Friedenswille eher bei ihnen selbst aufgedeckt werden könnte!

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Liquidierung des deutschen Eigentums in Polen. Der „Kurier Poznański“ veröffentlicht Angaben über die bisherigen Ergebnisse der Liquidierung deutschen Eigentums in Polen. Bis zum 1. Januar 1925 wurden liquidiert: von dem größeren Landbesitz 80 Objekte, von dem kleineren Landbesitz 1798 Objekte, insgesamt 24 082 Hektar; ferner 779 städtische Grundstücke und 170 Handels- und Industrieobjekte. Nach Schätzungen polnischer Sachverständiger stellt das polnische Liquidationsamt jetzt ungefähr in der Mitte seiner „Aktion“, denn es bleiben noch über 2500 Landbesitzungen mit einer Gesamtfläche von etwa 100 000 ha, ferner 400 städtische Grundstücke und über 200 Handels- und Industrieobjekte zu liquidieren. Das Blatt verlangt eine Beschleunigung des Verfahrens. In Polen legt man sich wohl keine Rechenschaft darüber ab, wie wenig die ganze Enteignungsaktion für den Ruf des jungen polnischen Staates im Auslandes zuträglich ist. Zur Beschleunigung des Verfahrens würde aber auch ein ganz bedeutender Geldaufwand auf Kosten des zurzeit nicht gerade überflüssigen Staatskassens gehören, denn im Gegenzug zur Einziehung deutschen Vermögens in den Entente-Ländern ist die polnische Liquidation keine Reparations-, sondern eine rein politisch gedachte Enteignungsaktion. Die enteigneten Deutschen müssen infolgedessen nach Verfall der Verträge von polnischem Staat entschädigt werden.

Sozialistischer Zusammenschluß in Ostland. Die Konferenz der estnischen Sozialdemokraten in Reval hat den Zusammenschluß der Sozialdemokratischen Partei mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen beschlossen. Ferner wurden die Prinzipien der internationalen Arbeiterbewegung gemäß den Beschlüssen der Antikampaner Tagung anerkannt. Aus Polen, Finnland, Schweden und Dänemark waren Vertreter erschienen.

Was aller Welt.

Aufhebung des Todesurteils gegen Grans.

Das Gericht zweiter Instanz hat das wegen Anstiftung zum Mord verhängte Todesurteil gegen Hans Grans, den Freund des hingerichteten Saarwälders, aufgehoben und eine nachmalige Verhandlung gegen Grans von dem Schwurgericht Hannover angeordnet. Abgelehnt ist die Wiederaufnahme des Verfahrens wegen Beihilfe zum Mord. Wegen dieser Straftat verurteilt Grans zwölf Jahre Zuchthaus.

Ein Kind im heißen Badewasser tödlich verbrät.

Die Leiterin der Städtischen Kleinkinderbewahranstalt in Dresden hatte eine ihr zum Obhut anvertraute noch nicht drei Jahre alte Arbeiterkinderin in zu heißes Badewasser gesetzt, wodurch das Kind derartige Verbrennungen erlitt, daß es kurz darauf starb. Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen fahrlässiger Tötung zu nur 300 Mark Geldstrafe bzw. 60 Tage Gefängnis.

Ein Zwischenfall beim Benesch-Gasfang in Warschau.

In Warschau kam es zu einem ernstlichen Zwischenfall, als das polnische Regierungsauto, in dem am 6. Uhr abends Ministerpräsident Benesch in Begleitung des tschechischen Gesandten durch die Stadt fuhr, um einige offizielle Besuche abzuhalten, überfahren wurde in einer der belebtesten Hauptstraßen, als es einem Radfahrer ausweichen wollte, einen neunzehnjährigen Zeitungsjungen. Der Kleine wurde auf der Stelle getötet. Wie „Robotnik“ meldet, gelang es der Polizei nur mit Mühe, die Ordnung aufrecht zu erhalten, da die empörten Passanten, die den Kraftwagenfahrer ignozieren wollten, auch gegen die beiden Aufsichtspersonen, die sie angeblich nicht kannten, eine drohende Haltung einnahmen.

Polen Regies Plünderungen in Polen.

In Warschau wird berichtet, daß die Polen Regie die Plünderungen in der Provinz in ihrer politischen Propaganda, den Plan hat, in Warschau ein großes Film-

atelier zu gründen. Die Künstlerin, deren ständiger Wohnsitz seit längerer Zeit Los Angeles in Kalifornien ist, soll zu diesem Zweck über ein Kapital von 2 Millionen Dollar verfügen.

Untergang eines großen Frachtdampfers.

Nach einer drahtlosen Meldung sind bei dem an der Küste von New-Schottland erfolgten Untergang des japanischen Frachtdampfers „Kaifuku Maru“ 48 Mann ums Leben gekommen.

116 Jahre alt gestorben.

Ramon Gomez, ein Bewohner des Dorfes San Vicente in Spanien, starb dieser Tage im Alter von 116 Jahren, ohne in seinem Leben je eine Eisenbahn oder ein Automobil gesehen zu haben! Sein hohes Alter ist durch das Gebirgsregiment einwandfrei bestätigt. Gomez war bis zu seinem Tode gesund und hat seine geistige Frische bis zum Ende bewahrt. Er hat sein Geburtsdorf nie verlassen, wo er kein Leben als Bauer verbrachte. Nie sah er etwas anderes als Weizenfelder, Kartoffeln und Weizen.

Ein Topfdeckel für 626 Mark.

Der Rekordpreis, der bisher für einen Topfdeckel gezahlt worden ist, wurde bei einer Versteigerung in London erzielt. Es kam hier eine ganze Sammlung von 25 Topfdeckeln unter den Hammer, die interessante Anekdoten zeigten. Die 25 Topfdeckel brachten zusammen gegen 4000 Mark. Der höchste Preis von 626 Mark wurde für einen kleinen Deckel von nur 3 Zoll Durchmesser bezahlt, der das Bild einer „spanischen Dame“ aufwies. Ein anderer Deckel mit einer „Dame, die ihr Haar kämmt“, brachte 500 Mark. Der höchste vorher für löblichen bemalten Topfdeckel bezahlte Preis, betraf sich auf 500 Mark.

Ein Zug von drei Lawina verhehrt.

Nach einer telegraphischen Meldung aus Tschukotka (Sibirien) wurde ein von Wrangels-Land kommender Passierzug bei Tschukotka von einer Schneewalze verhehrt. Nach mehrstündiger Arbeit gelang es, zunächst 10 Wagen und 30 Schmalspurbahnen zu bergen.

Ordenverleihung in Genf.

Das Genfer Komitee der Internationalen Arbeiterbewegung hat beschlossen, dem Führer des Ordens der roten

Arbeitsfahne (!) zu verleihen. Diese Ordensverleihung erfolgt als Auszeichnung für 200 Probestücke.

Das Luftschiff „Los Angeles“.

ber deutsche Reparationsgesandtschaft „L. Z. 126“, wird zu immer neuen Zwecken herangezogen. Bei seiner gestrigen Probefahrt in der Nähe der New-Jersey-Küste wurden auf Befehl des Marineoffiziers Wilbur Byrd der Alkoholschmuggler-Flotte, welche von New-York Point ihre Waren abheben anzuwenden. Als die Nachricht von diesem Schritt der Regierung auf der sogenannten „Kunststoffe“ bekannt wurde, herrschte große Befürchtung unter den Schmugglern. Die zweite Fahrt des Luftschiffes nach den Bermuda-Inseln ist für heute am Mittwoch angelegt.

Ein großes Wohnhaus „nur für Damen“.

wird in New-York erbaut. Der Verband der Jungfrauen-Klubs, der als Bauherr zugehört, hat angekündigt, daß die Damen bei der Annahme auf Herz und Nieren geprüft werden sollen, um festzustellen: 1. Ob sie nicht verheiratet oder verlobt sind. 2. Ob sie sich etwa mit demartigen Gedanken fassen. In beiden Fällen ist eine Abweisung zu befürchten. Sonst darf alles mitgebracht werden: Gramophone, Rundfunkempfänger, Vogelbauer, Schachbretter — nur keine Männer. Als Zierde fungiert eine besondere Verwirkelung, die strenge Weiblichkeit hat. Die Schachbretter vor allen Kameradschaften zu bewahren.

Die Entdeckung zweier Wägen Ballone.

Die Artztus-Expedition des amerikanischen Naturforschers Dr. Beebe nach dem Südpol hat bereits bedeutende Ergebnisse gezeitigt. Wie ein Bericht Beebes in der New-York Times mitteilt, wurden auf der „Wanderer“-Expedition in der Gegend von zwei bisher unbekannten Wägen in großer Höhe entdeckt. Im Besonderen hat Beebe zwei Wägen des Typus „Wanderer“ entdeckt, die in der Gegend von zwei unbekannten Wägen in großer Höhe entdeckt wurden. Der Bericht nimmt an, daß diese Wägen von einem unbekannten Piloten geflogen wurden. Beebe hat die Entdeckung der Wägen als einen der größten Erfolge seiner Expedition bezeichnet. Er hat die Entdeckung der Wägen als einen der größten Erfolge seiner Expedition bezeichnet. Er hat die Entdeckung der Wägen als einen der größten Erfolge seiner Expedition bezeichnet.

Stadttheater.
Mittwoch 8 Uhr:
Unter persönlicher Leitung von
Richard Strauß
„**Elektra**“
Donnerstag 8 Uhr:
„**Madame Butterfly**“
Freitag 8 Uhr:
„**Die Fledermaus**“
„**Sausal Schleich**“
Sonabend 7 Uhr:
Unter persönlicher Leitung von
Richard Strauß
„**Der Rosenkavalier**“

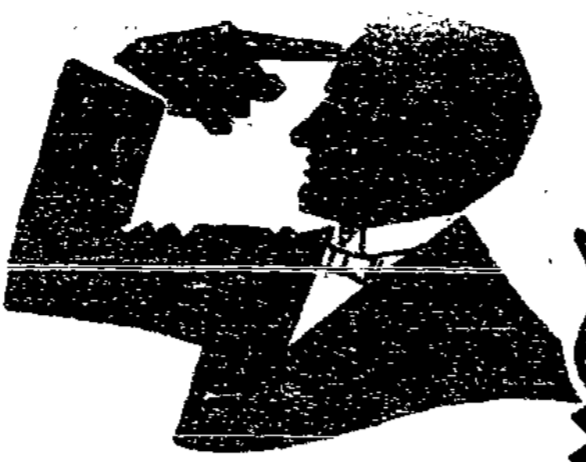
Lobe-Theater.
Tel. R. 6774 u. R. 6700.
Mittwoch, Donnerstag,
Freitag, 8 Uhr:
„**Die Kronbraut**“
Märchenspiel
von August Strindberg.
Sonabend, abds. 8 Uhr:
Erstaufführung!
„**Romeo und Julia**“
Trauerspiel von Shakespeare
mit Hans Bransowetter
als Romeo.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.
Täglich 8 Uhr
In neuer Ausstattung:
„**Die Geliebte**
Sr. Hohel“
Samstag nachm. 3 1/2 Uhr:
„**Gräfin Mariza**“

Thalia-Theater.
Dir. Barnay u. Süssel
Tel. Ring 6700
Heute 8 Uhr
Zm. 25. März
Der
wahre
Jakob
mit Stössel.
Preis von
60 PL.

Victoria-Theater
Täglich 8 Uhr:
Revue: **Act in**
Victoria
und
Damen-Schönheits-
Wettbewerb
Eintritt: 50 PL. bis 3.00
Näheres Anschlagzettel!

Neueste
Sommerhüte
für
Damen
Schick: **Paradehüte**
billig!
Unvergleichlich
werden auf
modernste Formen an-
gewiesen.
Fabrik
Fremd & Kreis
Königsplatz 30
Nach der Hofkirche



„Urbin braucht man in allen Zonen,
Wo kultivierte Menschen wohnen.“

JCH HAB'S
Urbin
DER GUTE SCHUHPUTZ

In Dosen überall erhältlich. Fabrik: URBAN & LEMM, Charlottenburg.
Vertr.: Curt Luda, Breslau, Bohruer Straße 127. Telefon: Ohle 1143.

Lachen
über
Heinrich Kohbrandt,
den rheinischen Komiker
Staunen
über
Franco Piper,
den Banjo-König
und
Emanuel Steiner,
den Rechenkünstler
Entzücken
über
Dr. Angeles
Lebende Bijouterien

Begeisterung
über
Alfred Jackson
und die
Violet-Girls
und
Raffayette's
Wander-Bande
im Rahmen der
Internationalen
Variété-Revue

Lieblich-
Theater
Beginn 8 Uhr.
Eintrittspreise v. 0,70 Mk. an.
Druckerei Volkswacht
Innig verbunden Druckarbeiten
Breslau 2 Fierstraße 4/5

Automobil-Transport
Circus-Show
G. M. B. H.
kommt mit einem
Aufgebot
von
Menschen u. Tieren
nach
Breslau
Roßplatz.
Eröffnung:
Sonabend, den 25. April, abends 8 Uhr.

Geigen
Mandolinen
Lauten etc.
in größter Auswahl,
auch auf Teilzahlung.
Piano-Neumann
Neue Grapowstraße 11.
Fahrräder.
Teilzahlung gestattet!
Kunzeplatz 26, I. Etg.
G. Grunlich.
Banzenfalle
Was jeden Gegenstand für verfall,
verloren oder gestohlen, beschl.
Bitt. Preis frei. Zeche
Breslau-Fierstraße, Sonab.

Brantleute! Landleute!
Private!
Beim Einkauf von
Möbeln jeder Art
wende man sich nur
an den
Volksspeicher
Verkaufsstelle:
Berliner Straße 9.

Frauen
bedarfsmittel in Irriga-
toren, Leib- und Monats-
binden billig. 1960
Frau M. Böhm,
Gummiwarenhaus
Breslau 2 Grünstraße 9.

Genossen
Genossinnen
Eure Familien-
anzeigen der
Volkswacht

Sport-Anzüge
Sporthosen
Kordhosen
Sammetosen
Sportjoppen
Eigene Anfertigung
daher sehr preiswert!
Oskar Dehmel
1626 Neumarkt 45.

Sie müssen
zu uns kommen!
Der Breslauer
Schuhhof
G. M. B. H.
29a Schmiedebrücke 29a
anbietet:
Chev.-Damen-Spangenschuhe 4⁹⁵
Absatz amerikanisch
Chev.-Dam.-Schiebespangen- 5⁹⁵
Halbschuhe
Kinder-, Knaben-, Herren-Stiefel
sehr billig. 4515

**Welt-
untergang**
1925

DEUTSCHE BANK	
ARTIKELKAPITAL UND RESERVEN 265 MILLIARDEN REICHSMARK	
Bilanz am 31. Dezember 1924	
AKTIVA	Reichsmark
Bargeld, Sorten, Zinscheine und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	67.498.812,10
Nostrifikationen bei Banken und Bankfirmen	236.479.897,23
Wechsel	229.521.460,23
Dollar-Scheitanweisungen d. Reichs	5.000,00
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen	73.191.470,97
Reporta und Lombard-Vorschüsse	10.213.832,35
Eigene Wertpapiere	610.660.672,88
Beteiligung an Gemeinschafts-Unternehmungen	10.000,00
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	10.000,00
Schuldner in laufender Rechnung (außerdem: Schuldner aus geleisteten Bürgschaften	23.283,453
RM 61.245.635,05)	507.206,641
Bankgebäude	43.000,00
Sonstiger Grundbesitz	5.500,00
Sonstige Aktiva	1.701.743,20
	1.091.352.510,44
PASSIVA	Reichsmark
Aktienkapital	180.000,00
Reserven	80.000,00
Gläubiger in laufender Rechnung	200.000,00
Akzepten (außerdem: geleistete Bürgschaften	864.298.172,75
RM 61.245.635,05)	5.795,342
Dr. Georg von Siemens-Wohlfahrtsfonds	2.500,00
Zur Verteilung verbleibender Ueber- schuß	18.758.995,69
	1.091.352.510,44
Gewinn- und Verlust-Rechnung am 31. Dezember 1924	
SOLL	Reichsmark
Handlungskosten	87.637.487,71
Steuern	9.128.212,85
Wohlfahrtsbeiträge und Ver- sicherungsbeiträge für die Be- amten, sowie Pensionen und Ab- findungen	6.570.813,73
Abschreibungen auf Einrichtung	998.260,91
Bankgebäude	2.699.639,01
Sonstiger Grundbesitz	748.256,15
Zur Verteilung verbleibender Ueber- schuß	18.758.995,69
	126.632.362,03
HABEN	Reichsmark
Zinsen und Gebühren, Wechsel, Sorten und Zinscheine	121.809.805,43
Wertpapiere	5.129.349,80
Gemeinschafts-Geschäfte	1.693.206,80
	126.632.362,03

Die Zeitbücher
Eine Sammlung modernster Autoren
von Bedeutung. — Jedes Bändchen
gebunden und ca. 100 Seiten Inhalt.
Herabgezügelter Preis, solange noch am
Lager, statt je 80 Pf.
nur je 30 Pf.
Auswärts nur gegen Voreinsendung,
zugänglich Druckfachenporto.
Zu beziehen durch die
Volkswachtbuchhandlung
Breslau 3, Neue Grapowstraße 5.

**Ma-
gerheit**
Schöne volle Körperformen
durch **Grossers-Kraft-**
pulver in 6 bis 8 Wochen bis
30 Pfund Zunahme. Garantiert
unschädlich. Aerzil empfohlen.
Stg. rec!! Viele Dankschreib.
Preis Kart. m. Gebrauchsnav.
M. 3.00. **Kronen-Apothek**,
Breslau, Neue Schweidnitzer
Straße 3. **Hygiea-Apothek**,
Tausentienstraße 91. 6516

Buchhandlung
Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, N. Grapowstr. 5

Tel. Ohle 1942
solide
UHREN
Tel. Ohle 1942

kaufen Sie
gut und billig
bei
A. Möwius Jr.
Schmiedebrücke 56
Eingang nur
Kupferschmiedesstraße



RUMBOSEIFE

Rumbo-Seife für die Dame
Für Qualität bürgt schon der Name
Das Gute trägt für Dich! Dieses beweist der Eingangs-
den Rumbo-Expansivität in den letzten Monaten angenommen
haben.

Generalvertreter: Ernst Sierdel, Breslau, Trinitasstraße 1, III.

Ausschneiden!
Für Vereine bei Ausflügen nach **Deutsch-Lissa**
siehe meinen großen Parkettsaal und Garten kostenlos
zur Verfügung; bei größeren Vereinen gebe auch Musik
gratis. — Bitte, hiervon gütigst Gebrauch zu machen.
Ergebenst
One Conrad (früher **Fahrman**) Breslauer Straße 25.
Vorherige Anmeldung erwünscht.
Ausdruck von **H. Schmalz** über **H. Kesselt-Creme**.
Warmer und kalte Speisen zu jeder Tageszeit.

**Welt-
untergang**
1925

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftsbund, Nummer 36

Wahlungs-Direktionsleiter! Das zur technischen Durchführung...

Direkt 17. Alle Bezirkskassierer haben sich heute 8 Uhr...

U.S. Chormitglieder. Morgen Abend muß sich alles pünktlich...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 22. April.

Ausperrung!

Nun sind wir wieder dort, wo wir vor dem Kriege waren. Die...

Eine wahre Leidenszeit hat diese Arbeiterschaft bereits...

Diesem Zustand endlich beizukommen, kann nur einer einzigen...

Fälschung, Verleumdung und Lüge

Die drei Kampfgesossen der Deutschnationalen im jetzigen...

ein geeignetes Fundament zum weiteren Aufbau sehen. Hundert-

Freitag, den 24. April, nachmittags von 5 1/2 Uhr an

trifft sich alles zur

Flugblattverbreitung

im Distriktslokal.

Ein Flugblatt des Rechtsblocks für Thälmann,

auf rotes Papier gedruckt, mit der Überschrift „Die Frank-

Deutlicher können die Hindenburg-Leute wohl nicht demon-

Sportler, wählt den Republikaner!

Politik ist im Sportlager ein verpörrtes Wort. In den

Monarchistische Reaktion oder demokratisch-soziale Republik?

Wilhelm Marx ist der Kandidat des republikanischen Volks-

außerordentlich zahlreichen Fällen zu einer wesentlichen Einschrän-

Wahlhelfer-Versammlungen

finden statt am Donnerstag in den Distriktslokale nachfolgender

- Direkt 1: Nidel, Schillerstraße 21. 12: Weich, Friedrich-Kochstraße 26. 13: Anglerkeim, Reuzerstraße 72. 14: Graf, Weidenstraße 37. 15: Heinrich, Arbeiterstraße 29. 21: Kiemer, Kreuzstraße 44. 27: Zeute, Driener Straße 2. 33: Karch, Lohstraße 33. 35: Jährsch, Gräbcherer Straße 181/83. 36: Hübnar, Gubitzstraße Ede Metzgerstraße.

Die Bedeutung der am 26. April zu fallenden Entscheidung...

Neue Untersuchungen beim Magistrat.

Das Städtische Presseamt teilt mit: Der seit dem 1. April

Wahlung, Wähler in Kleinburg!

Infolge des Abbrüches der Kleinburgschule werden die Wahl-

Die Leistungen sind nicht maßgebend.

Der vereinbarte Lohn muß gezahlt werden, auch wenn der

Der Wille zum Frieden, eine neue Tapferkeit.

Ueber dieses Thema sprach auf Veranlassung der hiesigen



Lebenskraft plant an das Gute im Menschen und in den Völkern. Sie bedeutet keine Unfähigkeit und kumpfe Gefährlichkeit. Sie allein führt langsam aber sicher zum Ziele. Bauen wir also an der Kathedrale der Brüderlichkeit, in ihren Umrisen ist sie schon sichtbar, der Grundstein ist ebenfalls gelegt, es hängt alles am guten Willen der Menschen. Der Vortrag fand lebhaften Beifall und Professor Hoffmann schloß die Versammlung mit der Mahnung, am Wahltag dem Kandidaten des Friedens zum Siege zu verhelfen. M. 3.

Der 1. Mai als Bücherfesttag.

„Streut Geistes Saat, daß Ernte sei,“
Schenkt Bücher euch zum 1. Mai!“

In einzelnen Teilen Deutschlands hat sich seit einiger Zeit ein hübscher Brauch der Arbeiterwelt herausgebildet: man hat den 1. Mai zum Bücherfesttag gemacht! Verwandte und Freunde beschenken sich gegenseitig mit guten Büchern, was den festlichen Reiz des Volkstages des Arbeit erschließt. Wenn jetzt der Vorschlag gemacht worden ist, den jährlichen Brauch überall zu propagieren, so kann man dem mit Freuden zustimmen, und gerade die Mitglieder des „Bücherfestes“, die Pioniere des kulturellen Fortschritts, werden auch hier der guten Idee ihre Unterstützung leihen.

Weshalb sich nur zu Weihnachten oder zu Geburtstagen beschenken? Weshalb nicht die Gabe des Buchens gerade auf den Festtag der arbeitenden Welt ausdehnen? Ursprünglich war der 1. Mai als proletarischer Demonstrationstag für den Achtstundentagskampf gedacht, die Propaganda für den Weltfrieden trat hinzu. Von dieser eigentlichen Bedeutung des Tages ist nichts verloren gegangen, doch hat der 1. Mai immer mehr den Charakter eines allgemeinen Arbeitertages angenommen. Demgemäß arbeitete sich auch in den Programmen der jährlichen Arbeitertage immer mehr die kulturelle Note heraus. Künftig soll die kulturelle Tätigkeit in den Vordergrund. Durchaus in dieser Richtung würde die Gabe der Bücher am 1. Mai mit Vorzügen zu beschenken. Geistiger Reichtum ist der 1. Mai gewohnt! Diejenigen, die in der Gedankenwelt der Arbeiterwelt noch nicht ganz sicher sind — und wer ist, der in seinem Freundes- und Bekanntenkreise nicht solche Ringenden zu persöhnen hätte! — werden dem am 1. Mai geschenkt, mit einer freundlichen Mahnung versehen, sich besonders aufmerksam zu machen, sie werden sich in den Inhalt des Buches mit besonderem Interesse vertiefen, und die geistige Ausbeute wird kaum auf dem Boden liegen. Aber auch diejenigen, die in der Vergangenheit des 1. Mai groß geworden sind, werden an einem zum Arbeitertage geschenkten Buch besondere Freude haben. In vielen Gedankenkreisen, speziell für den hier behandelten Zweck, ist kein Mangel. Unsere Arbeitertage haben gerade in der letzten Zeit wunderbare Bücher herausgebracht.

Wacht den 1. Mai zum Bücherfesttag! Der Arbeitertag ist ein Tag der Arbeitertage, bereitet Freude auch dadurch, daß ihr euch in willkommener Weise beschenkt! Zumal solche Beschenke reich Frucht tragen! „Streut Geistes Saat, daß Ernte sei!“

Unsere Buchhandlung Neue Graupenstr. 57, unterhält ein reichhaltiges Lager Literatur aus allen Wissensgebieten. Durch sachkundige Beratung und durch weitestgehendes Entgegenkommen bei den Zahlungsbedingungen kann allen Wünschen entgegen und jedem Gedankes Rechnung getragen werden. Besuchen Sie unser Lager!

Abschlußprüfung bei den Arbeiter-Samaritern!

Die Befragungen der Arbeiter-Samariterbewegung werden von der Lehr- und Prüfungs-Kommission der Arbeiter-Samaritenkolonne in Breslau geleitet. Die erste und wichtigste Aufgabe der Arbeiter-Samariten ist die Verbreitung der Kenntnisse der ersten Hilfeleistung bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen. In der abschließenden Prüfung soll es den Kandidaten, Arbeiter-Samaritern, möglich sein, Auszubildende unter ärztlicher Leitung zu versorgen. Wenn damit auch die Forderung der Arbeiter-Samariten, daß jedermann in der ersten Hilfe unterrichtet und ausgebildet ist, bei weitem nicht erfüllt ist, so kann doch festgestellt werden, daß insgesamt 332 Teilnehmer an den Kursen zu verzeichnen waren. Zur Leitung der Kurse hatten sich im Interesse der Ausführung die Herren Dr. Schmöder, Dr. Kuben, Dr. Gawn, Dr. Kalisch, Dr. Pommer und Dr. Schröder in freiwilliger Weise zur Verfügung gestellt. Der Verlauf der Kurse zeigte, daß zur Absolvierung eines Samariterkurses nicht alle geeignet sind. Schon bei denen, die den Hilfen in sich fühlen, Samariter werden zu wollen, ist zu verzeichnen, daß die größte Zahl der Kandidaten bei der am Schluß der Kurse stattfindenden Abschlußprüfung nicht unterzogen. Dabei muß gesagt werden, daß die unterrichtenden Herren Zeigte über eine langjährige Erfahrung auf diesem Gebiet verfügen. Am Sonntag fand in beiden Sälen des Gewerkschaftshauses als Abschluß der letzten Kurse die Prüfung im Anlegen von Verband, Lagerung und Transport von Verletzten statt. 125 Prüflinge unterzogen sich der Prüfung. Vertreter des Volksgesundheitsamtes, des städtischen Gesundheitsamtes, des Jugendgesundheitsamtes, des Ortskrankenkassenverbandes und des A.S.B. wohnten der Prüfung bei, die zur Zufriedenheit aller Teilnehmer verlief. In einer kurzen Ansprache wies der Vorsitzende der Kolonne darauf hin, daß sich auch Herr Dr. Kuben bereits zehn Jahre in den Aufklärungsdiens der Arbeiter-Samariten gestellt hat und stets bereitwillig für die Ziele der Arbeiter-Samariten mitgearbeitet hat.

In die Abschlußprüfung schloß sich eine geistige Veranstaltung an. Bei der Bereicherung der Arbeiter-Gesundheitskolonne, die freie Turnerschaft und die Arbeiter-Kadetten ebenfalls wesentlich beitragen.

Die Zusammenkünfte der Arbeiter-Samariter finden jede Woche in den verschiedenen Stadtteilen statt. Zu wünschen wäre, daß besonders aus unserem Bezirk eine größere Anzahl von Frauen und Männern finden, die bereit sind, sich den Befragungen der Arbeiter-Samariter anzuschließen. Es empfiehlt sich auch, sich möglichst bald in einem Lehrgangsbuche der Arbeitertage zu melden, um so in der Zeit, die die neuen Lehrgangskurse beginnen, sich bereits wichtige Kenntnisse anzueignen. Die Zusammenkünfte der Kandidaten finden jeden Dienstag in der Schule Kaiser Straße und im Restaurant Heringsstr. 26, jeden Mittwoch im Restaurant Schwanenstr. 30, bei Kofel, Heringsstr. 13, und bei Daniel, Schwanenstr. 30/31, abends 8 Uhr. Kolonnen-Lehrgangskurse finden am Donnerstag nach dem Monatsfeste in der Heringsstr. 13/14 statt.

Ausführung Arbeiter-Samariter!

Für alle Mitglieder (offen und geschlossen) findet Donnerstag, den 22. April, abends 8 Uhr, in der Schwanenstr. 30/31 eine kurze Zusammenkunft statt. Es erfolgt die Entscheidung zu den Wochen für Sonntag, den 23. April, nach Möglichkeit jeweils fest!

Auslosung für Staatsbürgerliche Erziehung.

In der Universität findet im Sommersemester der Auslosung für staatsbürgerliche Erziehung wieder unter Leitung von Herrn von dem Vertriebenen statt. Das Losung der am Donnerstag, den 1. bis 3. Mai, erfolgender Auslosung heißt: „Die Arbeiter-Samariterbewegung“. Der Ausschuss sind Dr. Gajda von der Universität, der nicht selten in Breslau die zum Studium der Staatsbürgerlichen Erziehung sind, über Auslosung von Staatsbürgerliche Erziehung im Zusammenhang mit dem Vortragsprogramm, und zwar am 7. 11. und 12. Mai im Auditorium IV der Universität. Nach Auslosung wird Herr Dr. Gajda die Staatsbürgerliche Erziehung im Zusammenhang mit dem Vortragsprogramm, und zwar am 7. 11. und 12. Mai im Auditorium IV der Universität, und zwar im Zusammenhang mit dem Vortragsprogramm.

Internationales Geviert



spricht heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, im Schichwerder in öffentlicher Kundgebung gegen Hindenburg.

graphischen Instituts, Martinstraße 79, auf der Dominsel nahe der Kreuzkirche. Nichtidentifizieren können ist der Zutritt zu dieser Veranstaltung möglichst ersichert gegen Erlegung einer Einschreibgebühr von 50 Pf. in dem Mitgliedsamt der Studentenschaft (Altes Rathaus, Schmiedestraße, 1. Stock, vormittags) ein Zulassungsschein zu haben.

3. d. A.-Jugend.
Mittwoch, den 22. April, abends 8 Uhr: Mandolinenprobe im Gewerkschaftshaus.
Donnerstag, den 23. April, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Heim Kaiserstraße 29/31, Volkshaus. (Wahl der Delegierten für den Reichsjugendtag).
Sonntag, den 26. April, fallen unsere Veranstaltungen infolge der Wahl aus.

* Die Hausarbeitsgemeinschaft des D. A. M. 2. treten Sonntag, den 23. April, zu einer Vorstandsmittglieder-Versammlung um 7 Uhr im Gewerkschaftshaus-Restaurant zusammen. Die Delegierten der Interessengemeinschaft Breslauer Arbeiter-Mandolinenspieler haben am Sonntag, abends 8 Uhr, im Restaurant Schloßbrunnung und Gewerkschaftshaus. Die Dirigenten der Kinder- und Jugendgruppen der freien Mandolinen-Vereinigung kommen am 9 Uhr am Sonntag, den 23. April, zu einer Besprechung im Restaurant des Gewerkschaftshauses zusammen.

* Der Leiter der Volkshochschule, Dr. A. Mann, ist bis zum 25. April für diejenigen, die sich bei der Besetzung von Volkshochschulplätzen bewerben lassen wollen, täglich von 11 1/2—12 1/2 und von 6 1/2—7 1/2 Uhr im Volkshochschulamt, Mühlstraße 10, II, zu sprechen.

* Rathausführung. Im kommenden Sonntag findet nachmittags 3 Uhr auf Veranlassung der Breslauer Volkshochschule eine Wiederholung der Rathausführung durch Kaufmänniker Bernhard Stephan statt. Teilnehmerkarten werden für Mitglieder und Nichtmitglieder nur in der Geschäftsstelle der Volkshochschule, Albrechtstraße 32, ausgegeben.

* Schloß ist am 19. April der frühere Stadtverordnete Georg Veltz. Er gehörte dem Zentrum an und bewirtschaftete als Delektion des Waisenhaus. Bei der letzten Wahl kam er infolge der Mandatsvermittlung nicht mehr wieder ins Stadtparlament.

* Die Zahlung der Kassegehaltsgewinne für den Monat Mai 1925 an die früheren Angehörigen der alten Wehrmacht und deren Hinterbliebenen, der Reichswehr und der Dienstverweigerer findet am Donnerstag, den 30. April, beim Verlegungssamt Breslau von 9 bis 1 Uhr vormittags im Zimmer 47, II. Stock der Bürgerwerderkaserne 8 statt.

* Wegen Umplanung wird die Martinstraße zwischen Gieselerplatz und Kreuzstraße für die Zeit vom 20. April bis 23. Mai für Fußverkehr und Reiter gesperrt. Die Gräßlicherer Straße wird zwischen Heringsstraße und Groß-Magdeburger Weg für die Zeit vom 20. April bis 31. Juli für Fußverkehr und Reiter halbseitig gesperrt.

Gerichtliches.

Reine widerrechtliche Drohung.

Ein in einer hiesigen Großbäckerei beschäftigter Bäcker S. war entlassen worden, weil in seiner Küche gegen 300 Brote verfaulten waren. Die Bäckerei hatte binnen vierzehn Tagen ein Risiko von 600—800 Brote. S. konnte sich dieses Risiko nicht erlauben und behauptete, weshalb er sein. Schon vor seiner Entlassung seien 100 Brote verfaulten; er habe es für unmöglich gehalten, daß Brote in so großer Zahl unbrauchbar aus dem Betriebe herausgeschafft werden könnten und habe sich wiederholend wehrt. Er wolle auch diesen Betrag erlösen, oder die Firma hätte seine Entlassung beschließen. Zur Abgeltung seiner Ansprüche erhielt er 150 Mark. Später behauptete er, seine Arbeitskraft unter das Geschäft gegeben zu haben und verlangte Rückzahlung des vollen Monatsgehalts und ein Monatsgehalt. Er erklärte vor dem Gewerbegericht, er habe die Unmöglichkeit damals nur gesehen, weil er sich in großer Notlage befand (er habe weder Vermögen noch etwas verdient und keine Frau für ihrer Sicherheit entgegen) und ihm gesagt worden war, wenn er nicht unterzeichne, belomme er überhaupt nichts. Der Geschäftsführer der Firma behauptete dazu, daß S. mit der Zahlung von 150 Mark einverstanden gewesen sei, aber gleich gefügt hätte, daß er nicht unterzeichnen würde, wenn er das Geld nicht so notwendig brauche. Das Gericht war der Ansicht, daß hier keine widerrechtliche Drohung vorliege; der Kläger habe auf seine Ansprüche verzichtet; seine Klage müsse daher zurückgewiesen werden.

Konzerte.

Hören und Klavierspiel.
Nach kurzen Zwischenzeiten trat der erstklassige Pianist Rudolf Tschick diesmal mit einem gewöhnlichen Programm, im Sächsischen auf und zeigte für den gewöhnlichen Charakter des gewöhnlichen Konzertes. Tschick spielte das Große Konzerte, das es über ein vorzügliches Klavierspiel zeigte. Zudem wurde das Klavierspiel als ein Mittel zum Zweck angesehen und nicht als das Ende der Kunst. Das Programm war ein sehr interessantes und wurde von Tschick mit großer Sicherheit und Sicherheit gespielt. Die Besetzung war ein sehr interessantes und wurde von Tschick mit großer Sicherheit und Sicherheit gespielt.

guten Anschlag, mäßige Scherzführung, schmerzigen Basslagen, die überhaupt Begabung für das Technische, bleibt in der den Ausdruckswirken des Komponisten ziemlich unberührt. Die Arbeitervereine aller Parteien sind mit höchstem Interesse eingeladen. Eintrittspreis: Erwachsene 50 Pfennige, Kinder 20 Pfennige.

Arbeiter-Sport.

Freie Turnerschaft — Bühnensportturnen.
Sont abend trifft sich die arbeitende Bevölkerung im großen Saal des Gewerkschaftshauses zum Bühnensportturnen. Die Arbeitervereine aller Parteien sind mit höchstem Interesse eingeladen. Eintrittspreis: Erwachsene 50 Pfennige, Kinder 20 Pfennige.

Schleg (Hühner 1) Sieger in Halle.
Bei den Ausschreibungswettbewerben in Halle, bei welchen besten Arbeiter-Athleten Deutschlands ausgemittelt werden, hat Max Schleg im Hühnerwettbewerb den vierten Platz belegt. Der Preisrichter Schleg vertritt somit als einziger Sieger deutscher Arbeiter bei der ersten Frankfurter Olympiade.

Bereinstalender.

Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands, Schlesien. Freitag, den 21. April, nachmittags 2 findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine Versammlung statt. Näheres siehe heutiges Journal.

Briefkasten.

Allen Anfragen muß eine Bezugsquittung beiliegen. Bezugsquittungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Volkswacht-Trägern. Trägern: die Postbesitzer haben die Postquittung beizulegen. Sprechtunde der Redaktion wochentags von 12—1 Uhr mittags.
A. G. Ihre Anfrage kann erst beantwortet werden, wenn Sie angegeben, aus welchem Grunde Sie im Gemeindefesttag von Briefkasten freigestellt werden möchten. Sie sind nicht verpflichtet, als bisher die Treppe zu steigen.
C. Schmeißer. Wenn der Kriegsbefehl den Anspruch auf die Hinterbliebenenrente, auch wenn die nach Eintritt der Befähigung abgeschlossen ist.

Aus der Geschäftswelt.

Viele Hausfrauen meinen, sie könnten einen guten Kaffe auch ohne Ausgegossen erhalten. Das ist ein Irrtum. Kaufen bei jeder Ware Gefahr, statt Maßstabe nur einfachste Geräte zu bekommen. Die kluge Hausfrau fordert gründlich den edlen Kathreiners Maßstabe im Originalpaket mit Bild und Unterschrift des Fabrikanten. Sie erhält so ein wirklich gesundes und dabei so schmackhaftes Getränk, das überdies ausgezeichnet schmeckt. — Millionen sind es täglich.

Letzte Wetternachrichten.

Datum: 22. 4. 25.	Temperatur			Wind	Niederschlag	Wasserstand	Bemerkungen
	heut früh	Morgens	Nachm.				
Krielen	4	13	3	WNW 3	gering	—	Regen
Reinerz	1	11	1	SW 1	—	—	Schnee
Schneeberg	-6	0	-7	N 5	7	20	Schnee
Reitstättenerhöhe	-4	0	-4	N 3	—	30	Schnee
Schneeberg	1	11	0	N 1	—	ger.	Schnee
Neue Schloßhöhe	-3	—	—	NNW 2	—	20	Schnee
Sampelbau	—	—	—	—	—	—	—
Grünberg	6	15	3	NW 2	3	—	fast bed.

Das morgige Wetter.

(Vorhersage der Wetterwarte Krielen bei Reibitzschloß).
Hinter Störungen, die gestern von Skandinavien südostwärts nach Rußland zogen, strömt wiederum verhältnismäßig kühle Luft nach Mitteleuropa ein. Diese wird abends wieder zu einer heftigen Föhnwind, so daß für die Nacht zum Donnerstag noch frostige Gefahr besteht. Tagsüber wird es bei meist heiterem Himmel mild sein. Erst später wird sich das Herannahen von Störungen, die von einer gemäßigten bei Island liegenden Zyklone ausgeht, durch Zunahme der Bewölkung bemerkbar machen. Ausgiebig bei abendlicher Aufhellung nach frostiger Gefahr, tagsüber bei heiter und mild, später zunehmende Bewölkung.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Morgen!
Volkshelbstätten-Lotterie vom
Roten Kreuz

Ziehung 24. und 25. April 1925
Alle Gewinne 90%, bar ohne Abzug
3168 Gewinne i. W. von

100 000.—
Höchstgewinn

50 000.—
30 000.—
20 000.—

Lose zu 3.— Mk. Porto und 50 Pfg. extra

16 Lose 30.— Mk. verschiedene Tausende
5 Lose 15.— „ inklusive Porto und Liste

Vorsatz auch gegen Nachzahlung.

Arndt Staatliche
Eckhaus Taubentzenplatz
Breslau V Postcheckkonto 2571
Telefon Ring 6394, Obli 6172

Die Aussperrung in der Breslauer Metallindustrie.

8000 Arbeiter auf der Straße.

Die Arbeitgeber der Metallindustrie haben ihre Drohungen ausgeführt. Seit gestern sind in Breslau etwa achttausend in der Metallindustrie beschäftigte Arbeiter ausgesperrt. Die über große Zahl der Ausgesperrten gehört dem Deutschen Metallarbeiterverband, ein weiterer Teil den anderen freien Gewerkschaften an. Schlimmer ist es um die Unorganisierten bestellt, die nun erfahren müssen, daß ihr Fortbleiben von der Organisation sie vor dem Zugriff der Unternehmer nicht schützt. Sie bekommen die Rücksichtslosigkeit der Arbeitgeber in genau der gleichen Weise zu spüren, wie die organisierten Arbeiter. Aber diese haben Halt und Stütze in ihrer Organisation, während die Unorganisierten nun der Not und dem Elend preisgegeben sind. Für manchen von ihnen dürfte diese Aussperrung eine Lehre sein. Für die Öffentlichkeit, soweit sie nicht dem Unternehmer-

willen untertan, ist sie eines der blühenden Beispiele von Unternehmerrücksichtslosigkeit, die in dem Schlagwort: „Teure Produktion — geringe Arbeitsleistung“ gipfelt. Wie oft wird die schließliche Arbeitslosigkeit und von dieser nachher die Arbeitslosigkeit der Metallindustrie, diese ewige Phrase noch zu hören bekommen? Bei jeder Lohnforderung geht sie zur ersten Weisheit der Unternehmer. Die bescheidensten Forderungen werden abgelehnt und das vor einer Eisenindustrie, die seit 1913 in Deutschland ihr Kapital um über 2000 Millionen Goldmark vermehren konnte. Für die Arbeitergesellschaft bleibt davon nichts übrig. Sie hat bei erbärmlichen Löhnen zu kämpfen und wenn sie durch Not getrieben, Forderungen stellt, fliegt sie auf die Straße.

Das ist vollkommene Unternehmerrücklosigkeit. Ihr gegenüber wird sich die Arbeiterschaft in Zukunft noch oft erwehren müssen.

Zum Streit der Holzarbeiter in Breslau.

Am Dienstag vormittag tagte eine Versammlung der in der Breslauer Holzindustrie und im Holzgewerbe freitenden und ausgesperrten Holzarbeiter im Gewerkschaftshaus. Die Holzarbeiter nahmen Stellung zu dem am Montag, den 20. April, gefällten Schiedsspruch der Schlichterkammer.

Der Bevollmächtigte, Kollege Kuntke, erstattete Bericht über Verhandlung und Schiedsspruch. Der Schiedsspruch der Schlichterkammer lautet:

- Ab 4. April bis 15. Mai pro Stunde 70 Pf.
- Ab 16. Mai bis 31. Juni pro Stunde 72 Pf.

Der weitergehende Antrag der Arbeitnehmer, ab 4. April bis 15. Mai 70 Pf., ab 16. Mai bis 31. Juni 76 Pf. die Löhne zu erhöhen, ist von den Arbeitgebern abgelehnt worden. Die Streikleitung empfiehlt die Ablehnung des Schiedsspruches.

Die Bekanntgabe des Schiedsspruches löste scharfen Widerspruch aus. Die zu dem Schiedsspruch Stellung nehmenden Kollegen sprachen sich alle für die Ablehnung aus. Der Schiedsspruch bleibt bei weitem hinter der Lohnforderung im Reich im Innern der Holzindustrie zurück.

Die Abstimmung ergibt einstimmige Ablehnung.

Der Appell des Bevollmächtigten, alles zu tun und kein Opfer zu scheuen, um einigermassen die Lebenshaltung erträglich zu gestalten durch Einkümpfen eines halbweges erträglichen Lohnes, findet auch beim letzten Kollegen Widerhall.

Im Schlußwort weist der Bevollmächtigte auf die Wichtigkeit der Wahl am Sonntag hin und fordert, reiflich die Stimmen der Arbeiter dem Republikaner Marx zuzuführen.

Der Streit bei Tischlerer in Oslau.

Die Abteilungen Sägewerk, Zimmerer, Tischlerei und Schlosserei der Firma Tischlerer A. G. befinden sich immer noch im Streit. Warum?

Die gerechten Lohnforderungen der Sägewerksarbeiter wurden von der Firma abgelehnt mit der Begründung, daß die Firma eine Lohnsenkung nicht tragen könne. Nachdem nach zweifelhafte Streit der Arbeiterschaft der Betrieb nicht aufrechterhalten werden konnte, versuchte die Firma mit Hilfe von Angehörigen und Schülern der Technischen Hochschule Breslau den Betrieb aufrechtzuerhalten. Jetzt zeigte es sich plötzlich, daß die Firma sehr gut in der Lage ist, höhere Löhne zu zahlen. Denn diese Löhne erhielten nicht nur ihren Gehalt, sondern auch eine sehr hohe Ertragsbeteiligung nach dem Beispiel. Als auch diese Arbeitskräfte nicht ausreichten, versuchte die Firma durch ihren Rechtsbeistand, den Rechtsanwalt Ritzke vom Brögger Arbeitgebersverband, organisierte Streikbrecherbanden heranzuziehen. In diesem Zweck haben sich auch tatkräftig Mitglieder des Stahlwerks von Bielea und Breslau zur Verfügung gestellt.

Die Belegschaften der Schmiede, Tischler und Zimmerer weigerten sich, nachdem ihre Vertretungen erfolglos bei der Firma vorstellig wurden, mit diesen Banden weiter zu arbeiten und lösten die Arbeit nieder.

Durch Ingerate in Zeitungen versucht die Firma, neue Arbeitskräfte heranzuziehen, und zwar Sägewerksarbeiter, Tischler, Zimmerer und Schlosser. Wir erziehen, alle Arbeitsangehörige der Firma strikt abzulehnen. Die freilebende Belegschaft aber ist gewillt, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis der Widerstand der Firma gebrochen ist. Darum: Neht Solidarität!

Die Streikleitung.

Alle arbeitserfreundlichen Väter werden um Abdruck gebeten.

Gaufraktionskonferenz der Behördenangestellten im Zentralverband der Angestellten.

Am 19. April fand im Volkshaus in Olegny die diesjährige Gaufraktionskonferenz der Behördenangestellten Schlesiens statt. An der Konferenz nahmen 40 Vertreter der verschiedenen Ortsgruppen der Provinz Schlesien als Delegierte teil; außerdem waren zahlreiche Gäste aus Behördenangestelltenkreisen erschienen.

Als Vertreter des Hauptverbandes war Kollege Hausmann, Leiter der Reichsgruppe Behördenangestellte, anwesend und ergriff im Anschluß an die Begrüßungsworte des Kollegen Wächner das Wort zu seinem Vortrag. In großzügiger Weise entwickelte er ein Bild über Gegenwart und Zukunft der Behördenangestellten und wies darauf hin, daß die glückliche Weiterentwicklung des Behördenangestelltenstandes nur unter dem Schutz einer starken freien Gewerkschaft möglich sei. Seine Ausführungen gipfelten in den Schlußworten, daß die Treue zur Gewerkschaft im Berufsinteresse unbedingt gehalten werden müsse.

Darauf berichtete Kollege Gaufraktionssprecher Wonneberger-Breslau über die Entwicklung der Gaufraktion Behördenangestellte in Schlesien und wies darauf hin, daß trotz der schwierigen Verhältnisse es gelungen ist, die Gaufraktion leistungsfähig zu erhalten und die führende Stellung des Zentralverbandes der Angestellten zu behaupten. Die Ausführungen gaben zu einer außerordentlich erhellenden Aussprache Anlaß, welche bewies, daß zwischen den Verbänden und den Mitgliedern des Zentralverbandes der Angestellten eine erfreuliche Arbeitsgemeinschaft in allen Punkten zu bestehen ist.

Ganz besonders muß betont werden, daß sich die Befürworter der Tagung aus allen Zweigen des Behördenangestelltenstandes bestanden. Es waren Angehörige der Kreispost, der Landratsämter, der Regierungen, der Kreisämter, der Kommunalverwaltungen, des Finanzwesens, der Arbeitsämter vertreten.

Im weiteren Verlauf der Tagung wurde die Gaufraktionskonferenz der Behördenangestellten gewährt. Es geschah demselben nunmehr an: Als Vorsitzender: Kollege Gaufraktionssprecher Wonneberger; als Mitglieder: die Kollegen: Otto Häbner, Reichensperger, Siedler, Siedler, Reuban, Hermann, Goldberg, Friederich, Paul Wöns, Breslau, Köhler, 3. Wilhelm Köner, Grotzow, Kreisausträger.

Nach einem beifällig aufgenommenen Schlußwort des Kollegen Wonneberger wurde die ergebnisreiche Tagung geschlossen.

Vom Ortsauschuß des A.G.B. Breslau.

Die am Freitag stattgefundene Vollversammlung des Ortsauschusses wies als hauptsächlichsten Punkt einen Vortrag des Genossen Dr. Rademacher von Grumbow über die gegenwärtig drängenden Lohn- und Arbeitsfragen für Deutschland auf.

Der Redner wies in einem geschichtlichen Rückblick darauf hin, daß die Löhne durchaus nicht eine Erscheinung der neueren Zeit seien. Schon im Altertum hat man solche für die verschiedensten Waren gekannt, wenngleich der Handel jener Zeit nicht im engeren Sinne die Form angenommen hatte, wie dies in der Gegenwart der Fall ist. Ihren weiteren Ausbau erfahren die Löhne mit der Entwicklung unserer Wirtschaft über die Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft.

Die neben den Grenzfragen früher in stärkerem Maße in die Erscheinung getretenen Lohnfragen sind mehr und mehr verschwunden, jedoch viel gegenwärtig nur noch die Gruppen der Ein- und Ausfuhr- und Durchgangszölle zu verzeichnen haben.

Jede Zollpolitik grundsätzlich abzulehnen, sei nicht angängig. An jedem Zollpunkt verleiht der Vorkriegsstand das besonders zu vermeiden: Wenn die Wirtschaft eines Volkes dazu übergehen will, eine bestimmte Industrie zu entwickeln, dann wird es notwendig sein, diese durch einen Einfuhrzoll auf die gleiche Warenart so lange zu schützen, bis sie dem Stande der Konkurrenz-Industrie der übrigen Völker ziemlich gleich gekommen ist. Den Schutz alsdann noch weiter bestehen zu lassen, wäre ungewöhnlich, weil dadurch zu immer höheren Leistungen und Verbesserungen der betreffenden Industrie kein Anreiz mehr vorläge. Ebenso sei es falsch, die Lohnprobleme durch einen Schutzzoll künstlich im Preise hochzuhalten. Jedes nicht benötigte und vorwiegend industriell tätige Land ist gezwungen, arbeitsschaffende Produkte in die anderen Länder abzugeben und lebensnotwendige Produkte, Erze, vornehmlich aber Lebensmittel, einzuführen. Dieser Ausgleich muß stattfinden, wenn ein zahlreiches Volk innerhalb enger nationaler Grenzen nicht zugrunde gehen soll. In Berücksichtigung dieser Umstände sind die einzelnen Völker frühzeitig dazu übergegangen, mit anderen Völkern Handelsverträge zu schließen. Am weitesten und freiesten waren diese vor dem Kriege entwickelt, und erst durch das Einsetzen des Völkermordes im Jahre 1914 wurden fast sämtliche Verträge dieser Art nach anderen Staaten hin für Deutschland zerrissen. Aber auch die Beendigung des Krieges brachte in dieser Beziehung für Deutschland noch keine Erleichterungen, weil ihm als dem unterlegenen Staate in dem Verfallenen Friedensverträge die Bestimmungen aufgenommen worden sind, daß den Handelsverträgen die Bestimmungen entgegenüber einräumt werden mußte. Diese Bestimmungen galten bis zum 10. Januar 1925, und erst von diesem Tage an hat Deutschland in Bezug auf die Handelsverträge keine völlige Freiheit wiedererlangt.

Trotzdem war es Deutschland gelungen, mit einigen süd- und westeuropäischen Staaten und auch mit dem Osten Handelsverträge zu schließen. In besonders großzügiger Weise aber wurden die Handelsverträge auch vor dem Kriege von amerikanischer Seite Deutschland gegenüber eingeleitet. Zurzeit können solche Verhandlungen mit Frankreich, Belgien und Italien, während der Handelsverträge mit Spanien beinahe zu einem Abschluß gekommen sind. Die Unterhändler waren sich in allen Punkten einig, und es bedurfte nur noch der Ratifizierung. Das Ergebnis der Verhandlung hat dem wirtschaftspolitischen Ausschusse des Reichstages bereits vorgelegen, und da war es bezeichnend, daß die getroffenen Bestimmungen mit 17 gegen 5 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen scheiterten. Die Deutschnationalen und nationalistisch die Vertreter der Landwirtschaft im Verein mit den Kommunisten sind es gewesen, die diesen Handelsvertrag aus eigenständigen Beweggründen zum Scheitern kommen lassen wollten. Die Vertreter der Sozialdemokratie haben deshalb Stimmhaltung gelassen, um mit aller Deutlichkeit in die Erscheinung treten zu lassen, wer die Förderer oder die Gegner einer gefundenen Wirtschaftspolitik Deutschlands sind. Hoffentlich fällt die Entscheidung des Reichstages anders aus.

Der Vortrag wurde mit Dank und Zustimmung aufgenommen.

Unter dem zweiten Punkt der Tagesordnung beschäftigte sich die Sitzung mit der Ausgestaltung der Feier des 1. Mai. Da die vollständige Arbeitsruhe bereits in einer früheren Sitzung beschlossen worden war, soll vormittags 9 Uhr auf dem Rinderplatz (Rogplatz) eine Massenversammlung stattfinden, in der von verschiedenen Rednern die Bedeutung unserer Freiheitskämpfer gerade in der gegenwärtigen Zeit behandelt werden wird. Der Aufmarsch erfolgt von neun Uhr der Stadt, die später nach bekannt gegeben werden. Am Nachmittag wird ein großes Mai-Familienfest in den Lokalkäfen des Rinderplatzes in Morgenau vorbereitet, bei dem für eine preiswerte Bewirtung und Unterhaltung der Kinder und Erwachsenen gesorgt werden soll.

Ferner beschäftigte sich die Versammlung noch kurz mit den schon ausgeschriebenen Wirtschaftskämpfen einiger größerer Gewerkschaften und der wirtschaftlichen Aussperrung in der Metallindustrie. Beschlüsse in dieser Angelegenheit wurden jedoch noch nicht gefaßt, sondern es sollen gegebenenfalls spätere außerordentliche Sitzungen zu diesen Fragen Stellung nehmen.

Kollege Alfred Basse †.

Der Kassierer des Bekleidungsarbeiter-Verbandes, Jahrestes Breslau, Kollege Basse, ist am Sonntagabend im Büro des Bekleidungsarbeiter-Verbandes plötzlich und unerwartet an einer Gehirnlähmung verstorben. Wir kommen auf die Tätigkeit des Koll. Basse, der nur ein Alter von 52 Jahren erreichte, noch zurück.

Verstärkung.

In der Nacht „Der Kranger“ vom Montag ist durch ein Versehen der Schlosser Kurt Reichel, Vertreter Straß, zu Unrecht mit als Streikbrecher ausgeführt worden. Er ist am Streik beteiligt.

Der Streit im Rieler Hafen beendet.

Der Streit im Rieler Hafen ist nach einer Verhandlung des Berliner Tageblattes beigelegt worden, nachdem den Arbeitnehmern für die ersten drei Monate 8 Pfennig und für die folgenden drei Monate eine weitere Lohnsenkung von 6 Pfennig je Stunde bewilligt worden war.

Die Verluste Kupferindustrie freiten weiter.

In einer Versammlung der freitenden Kupferindustrie in Berlin wurde gestern, laut „Berliner Tageblatt“, die Freitendmachung der Kupferindustrie, die durch die Aussperrung der Arbeiter in der Metallindustrie entstanden sind, beschlossen. Es wird ein Streik zu erwarten.

Wirtschaft.

Zunahme der Ausfuhr nach Spanien.

Der Eisen- und Stahlwaren-Industriebund in Elberfeld weist in einer Eingabe an die gesetzgebenden Körperschaften wegen der Ablehnung des deutsch-spanischen Handelsabkommens im handelspolitischen Ausschuss des Reichstages u. a. nach, welche Vorteile der Eisen- und Stahlwarenindustrie durch das seit dem 1. Juli vorigen Jahres in Kraft befindliche Abkommen erwachsen sind. Die Ausfuhr von einigen Eisen- und Stahlwaren nach Spanien hat sich im zweiten Halbjahr 1924 gegen das erste Halbjahr wie folgt entwickelt:

Nummer und Art des statistischen Warenverzeichnisses	Doppelzentner	
	1. Halbjahr 1924	2. Halbjahr 1924
799 f Milchkannen usw.	1924	1924
804 Röhrenverbindungsstücke, Hähne, Ventile, Schieber usw.	2423	5228
807 Kloben, Rollen zu Fließbahnen, Rindern	510	1866
813 a Bohrer, Nieten, Bohrmaschinen	155	384
813 b Hängen	199	411
813 c Nabe, Rollen, Heden usw. Scheren	200	309
814 b Messerwerkzeuge	53	116
816 a Nagel, Nails, Nägel usw.	53	65
816 d Hauswirtschaftliche Geräte	372	698
825 d Drehscheiben, Bürsten, Körbe usw.	293	437
825 e Schrauben, Nieten	429	1154
828 a Ofenrohre, -ringe usw.	538	2270
833 Schloßer und Schlüssel	114	262
834 Gelbdrähte, Gelbkästen	864	1038
836 a Feine Messer, Scheren	86	180
836 b Feine Messer, Scheren	251	462
836 e Kugellager	184	101

Unter dem Schutze des Abkommens, heißt es in der Eingabe weiter, sind also Ausfuhrsteigerungen zu verzeichnen, die für gewisse Positionen bis zum Sechsfachen der Ausfuhrmengen des ersten Halbjahres 1924 ausmachen. Vergleicht man hiermit die Einfuhr spanischer Weine nach Deutschland für die gleiche Zeitperiode, so ergibt sich, daß beispielsweise die Position „andere Weine“ nur um etwas mehr als 100 Prozent im zweiten Halbjahr 1924 gegen das erste Halbjahr 1924 gewachsen ist. Berücksichtigt man ferner, daß die deutsche Ausfuhr an Wein im zweiten Halbjahr 1924 außerdem noch um 1600 Hektoliter zugenommen hat, so kann u. E. nicht von einer ungünstigen Beeinflussung des deutschen Weinbaues durch das deutsch-spanische Handelsabkommen die Rede sein. Im übrigen kommt der Frage des Handelsabkommens mit Spanien grundsätzliche Bedeutung zu, da bei einer Ablehnung ein Zollkrieg mit Spanien unvermeidlich ist. Welche Schäden der deutschen Wirtschaft gerade im gegenwärtigen Augenblick daraus entstehen, braucht hier nicht ausgeführt zu werden. Selbst aber, wenn ein vertraglicher Zustand mit Spanien eintreten würde, so würde auch dieser wiederum dazu führen, die Ausfuhr nach Spanien vollständig zu unterbinden. Wir müssen deshalb fordern, daß bei der Abstimmung im Plenum des Reichstages unbedingt in anderem Maße den Wirtschaftsinteressen unserer Ausfuhrindustrien Rechnung getragen wird, als dieses nach der Abstimmung im handelspolitischen Ausschuss der Fall ist.

Die Angestelltenpolitik der Banken.

Eine interessante Debatte über die Angestelltenpolitik der Banken gab es an einer Stelle, die nicht gerade für Grundrissen der Lohn- und Gehaltspolitik üblich ist, nämlich auf der Generalversammlung der Deutschen Bank. Nach einer sehr pessimistischen Darstellung der Lage des Bankgewerks durch Direktor Wasser-mann trat ein Mitglied der Angestellten für die Verbesserung des Lohn- und Gehaltsstandes ein, das die mit 87,64 Millionen Mark ausgemessenen Handlungskosten einer genaueren Spezifizierung bedürfen, wenn man daraus Rückschlüsse auf die Gehaltspolitik ziehen dürfe. Er wies nach, daß ein durchschnittlicher Bankangestellter im ersten Dienstjahre nur ein Einkommen von 215,88 Mark beziehe, von dem ein nach Abzug der Steuer und den sozialen Beiträgen nur 182,80 Mark blieben. Direktor Wasser-mann sagte nun aus, daß die persönlichen Ausgaben ohne Kontante in den Handlungskosten 69 Millionen Mark betragen, erklärte aber, der Hauptgrund sei nur durch eine starke, später nicht mehr mögliche Verelendung der Rente erzielt worden, jedoch die Gehälter nicht erhöht werden könnten. Die tatsächlichen Mittelungen die er machte, gaben allerdings dem Angestelltenvertreter recht, der betonte, daß die Zukunft des Bankgewerks durch eine Steigerung der Löhne sehr wesentlich günstiger gestaltet würde, als die Bankleitung annahme. Herr Wasser-mann stellte nämlich jetzt das im ersten Quartal bei der Deutschen Bank ein Umlauf von 31 Milliarden Mark erzielt worden ist und daß bis Ende März die Umlauf bei der Bank bis auf 1100 Millionen Goldmark angewachsen seien, das ist ein ganz gewaltiger Betrag, wenn man dabei berücksichtigt, daß die außerordentlich kritische Lage des deutschen Geldmarktes noch immer anhält und das insbesondere infolge der verstärkten Lohnpolitik der Arbeitgeber auch die Einhaltung einer Sparpolitik und einer vernünftigen Kapitalbindung auf das äußerste gebietet ist. Die Diskussion, die in sehr sachlicher Form geführt wurde, erzielte aus demselben als bezeichnend, weil dadurch in den Kreisen der sonst ganz unter dem Einfluß der Verwaltung stehenden Aktionäre die berechtigten Ansprüche der Angestellten wenigstens mit dem Erfolg zur Sprache kommen, daß eine einseitige Orientierung Unberechtigt erachtet wird.

Deutsche Maschinen für Brasilien.

Die „B. Z.“ meldet: Die Armaturen- und Maschinenfabrik A.-G. vorm. J. A. Hilpert in Nürnberg soll von der Stadt Sao Paulo einen Auftrag zur Errichtung einer Maschinenanlage bekommen haben, die zur Errichtung eines neuen elektrischen Kraftwerkes gebraucht wird. Die alle Kraftanlage in Sao Paulo genügt nicht mehr den gewachsenen Anforderungen.

Im weißen

SALEM GOLD

Rohgold grün & Salem Gold
Cabinet 8, Exquisit 102, am Markt

Zu haben in allen Geschäften, die diesen Platz

